

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheinung wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6 Spalten. Colonezeitung für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Priocantanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Geschäftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Arbeitskontrolle.

„Alle Menschen, wenn sie nicht arbeiten wie vor den Augen eines großen Aufsehers, arbeiten falsch und zum Unglück für sich selbst und für andere.“ (Charthle.)

Die Tüchtigkeit des Menschen, die man täglich in mannigfacher Form an sich und anderen beobachten kann, zwingt dazu, alle Arten von Arbeit einer äußeren Leistung und Kontrolle zu unterstellen. Man denke sich die leitende Aufsicht aus den Handwerksstätten, aus den Fabriken, aus den Geschäftshäusern, aus den Büros weg — und so gleich schaut man in ein Chaos von Verwirrung, die in ihren Folgen unübersehbar ist.

Bei etwas Ehrlichkeit muß sich jeder zugestehen, wieviel Trägheit, Nachlässigkeit, Halbheit in ihm steckt, und wie es ihm not tut, über seine Arbeit genaue Rechenschaft geben zu müssen. Im Hinblick auf diese Rechenschaft gelingt es dann auch, alle die Arbeit hemmenden Einflüsse zu überwinden und fördernde Arbeitskräfte in Betrieb zu setzen.

Wenn man unter der Kontrolle eines „großen Aufsehers“ alle Kräfte anspannt, um das Bestmögliche zu leisten, so liegt kein Recht vor, sich gehen zu lassen, sobald die Arbeit der Aufsicht entzogen ist, denn die Arbeit gilt nicht dem Aufseher, soll auch nicht allein den Arbeitgeber bereichern, sondern ihr Wert kommt allen zugute. Darum verschuldet man sich an sich selbst und an der Allgemeinheit, wenn man bei mangelnder Kontrolle schlechte Arbeit leistet. Jede halbe Arbeit, und sei sie noch so unscheinbar, zieht den Wert des Einzelnen herunter, vermindert die so notwendige Selbstachtung und wirkt schon zerstörend auf die nächstfolgende Arbeit. Die vernachlässigte Arbeit verwehrt ihren Anzeigen aber auch über die Mitmenschen, und schadet ihnen körperlich oder geistig. Wie viele materiellen und moralischen Unglücksfälle sind darauf zurückzuführen, daß ein Mann seiner Arbeitspflicht nicht genügend nachkam! Vertagungen, Eisenbahnunfälle, Selbstmorde geben in dieser Richtung viel zu denken. Weil jeder Arbeiter — und Arbeiter sollen alle Menschen sein — ein Glied des großen Arbeitsorganismus der Menschheit bildet, darum hat jeder für seine Arbeit volle Verantwortlichkeit und die heiligste Pflicht, stets so zu arbeiten, als befände er sich unter der Kontrolle eines Meisters, vor dem er den größten Respekt hat, und vor dessen Augen er sich hütete, der Arbeit nicht alle Aufmerksamkeit und ganzen Eifer zu widmen. Jeder sei sich selbst bei der kleinsten Arbeit „der große Aufseher“, dann wird sie gut und segensbringend für sich und andere. — m.

### Streiks und Lohnbewegungen unseres Verbandes im Jahre 1910.

Wenn der Frühling ins Land zieht, besetzt neue Hoffnung den Menschen. Auch die christlichen Metallarbeiter lassen sich von diesem Wüten der Freude begeistern, zu neuer Arbeit für ihren Stand. Nun haben wir Menschen aber nicht allein genug an dem poesievollen Hauber der Begeisterung. Erfolge materieller Art haben wir von unserer gewerkschaftlichen Arbeit ebenfalls erwartet. Die Hauptgeschäftsstelle unseres Verbandes legt uns durch die verfertigten Rechnungsabläufe den Beweis vor, daß der christliche Metallarbeiterverband erfolgreich Standesarbeit auch im Jahre 1910 geleistet hat. Schon die Abrechnung der Hauptkasse in Nr. 16 des Deutschen Metallarbeiters ließ klar erkennen, daß im vergangenen Jahre ein frischer Zug durch unser Wirtschaftsleben ging. Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung fielen ganz erheblich, während die Ausgaben für Streiks und Maßregelung gegenüber dem Vorjahre auf mehr als das 5/6fache gestiegen sind. Für Streiks und Maßregelung gab der christliche Metallarbeiterverband aus im Jahre 1910: 188200 Mark, dazu kommen noch etwa 11000 Mark Streikausgaben der Lokalstellen. Das Jahr 1909 schloß dagegen mit nur 33193 Mark. Wenn unsere Mitglieder diese Zahlen vergleichen und dabei bedenken, daß die Krankenunterstützung ebenfalls wieder gestiegen ist, so beweist die Gegenüberstellung, wie notwendig eine steigende Opferfreudigkeit ist, wenn wir als Organisation finanziell an der Spitze der Metallarbeiterverbände marschieren wollen. Diese vernünftige Kasienwirtschaft und die Leistungen unserer Kollegen, bringen aber auch gewerkschaftliche Erfolge materieller Art, wie aus folgender Zusammenstellung deutlich zu ersehen ist.

Bei 210 Streiks und Lohnbewegungen waren im Jahre 1910: 9951 Mitglieder unseres Verbandes beteiligt. Von diesen Bewegungen führte unser Verband 49 allein und 161 mit anderen Organisationen. In 41 Fällen waren die Beteiligten in der Mehrzahl Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes.

Erfolgreich für die Arbeiter waren 109, teilweise erfolgreich 82, erfolglos 25 und vor 3 Bewegungen ist das Resultat nicht bekannt.

bietet eine klare Uebersicht. Zum Vergleich setzen wir die Ergebnisse der Jahre 1908 und 1909 ebenfalls ein.

Resultat	Angriffsstreiks			Abwehrstreiks			Aus-sperrungen			Bewegungen		
	1908	1909	1910	1908	1909	1910	1908	1909	1910	1908	1909	1910
Erfolgreich	—	2	6	3	4	—	—	1	31	21	39	
Teilweise erfolgreich	1	5	20	9	9	7	2	—	10	23	25	45
Erfolglos	1	4	4	6	9	7	—	10	2	7	5	12
Ohne Angabe	—	—	—	—	—	—	—	—	1	11	9	2
Gesamtzahl	2	11	30	21	21	16	10	2	14	72	60	143
Beteiligte Mitglieder	105	160	1399	699	195	667	198	13	1363	2152	2283	6582

Gegenüber dem Jahre 1909 ist die Zahl der Angriffsstreiks erheblich gestiegen, während die Abwehrstreiks zurückgingen. Die Ausperrungen erreichten eine ganz besonders hohe Zahl. Bemerkenswert hierbei sind die Ausperrungen in der Pforzheimer Edelmetallindustrie, in den Werftbetrieben an der Weser, in Hagen-Schwelm, und die in Linen bei der Formerbewegung. Nicht übersehen werden darf die bedeutende Steigerung der Lohnbewegungen, die ohne Streik erledigt werden konnten. Es ist zu hoffen, daß die Erstarkung unseres Verbandes immer mehr dazu beiträgt, die berechtigten Forderungen der Arbeitskollegen bei den Arbeitgebern in friedlicher Weise zur Geltung zu bringen. Hierbei gilt natürlich als erste Voraussetzung: Mühe sich für den Krieg, um stark zu sein und so den Frieden zu erhalten. Durch Besonnenheit und gewerkschaftliche Klugheit ist mehr zu erreichen, wie durch ein unvernünftiges Draufgänger-tum.

Die Ursachen der Streiks und Bewegungen waren folgende:

Art der Bewegung	Ber-türzung d. Arbeitszeit	Lohn-erhöhung	Arbeitszeit-Verkürzung und Lohn-erhöhung	Berschle-dertung der Arbeitsbe-dingungen	Andere Ursachen
Angriffsstreiks	—	18	12	3	9
Abwehrstreiks	—	—	—	9	12
Ausperrungen	—	3	9	—	4
Bewegungen ohne Streik	5	80	7	28	45

Die Erfolge dieser Gewerkschaftsarbeit zeigen sich in folgenden Zahlen: 4417 Mitglieder erhielten in 113 Fällen zusammen pro Woche 9652,33 Mk. Mehr-lohn und 788 erlangten in 25 Fällen eine Ver-längerung der Arbeitszeit von 2730 1/2 Stunden pro Woche. Auf das Jahr umgerechnet ist das eine Summe von 501920,16 Mark Mehrlohn und 141986 Stunden Arbeits-zeitverlängerung.

Diese Summe Mehrlohn von mehr als einer halben Million ergibt für die Beteiligten folgende Teilzahlen. Es erhielten von den an den Bewegungen beteiligten Kollegen an Mehrlohn pro Woche: 165: 9,70 Mk., 28: 9,10 Mk., 28: 7 bis 8 Mk., 16: 6 bis 8 Mk., 27: 6 Mk., 37: 3 bis 6 Mk., 28: 4,80 Mk., 123: 0,60 bis 4,— Mk., 34: 3,60 Mk., 138: 3,50 Mk., 16: 2,16 bis 3,50 Mk., 113: 3,— Mk., 42: 2,50 bis 3,— Mk., 35: 2,80 Mk., 100: 2,75 Mk., 1: 2,70 Mk., 550: 1,— bis 2,50 Mk., 469: 2,40 Mk., 22: 1,80 bis 2,40 Mark, 3: 2,35 Mk., 3: 2,28 Mk., 147: 2,20 Mk., 39: 2,10 Mark, 58: 2,— Mk., 197: 1,80 Mk., 78: 0,90 bis 1,80 Mk., 23: 1,14 bis 1,71 Mk., 184: 1,68 Mk., 54: 1,65 Mk., 48: 1,62 Mk., 34: 1,60 Mk., 231: 1,50 Mk., 71: 1,— bis 1,50 Mark, 10: 1,42 Mk., 22: 1,35 Mk., 18: 1,30 Mk., 25: 1,25 Mark, 153: 1,20 Mk., 3: 1,16 Mk., 46: 1,14 Mk., 80: 1,10 Mark, 160: 1,05 Mk., 4: 1,06 Mk., 213: 1,— Mk., 20: 0,60 bis 1,— Mk., 15: 0,85 Mk., 6: 0,84 Mk., 3: 0,80 Mk., 265: 0,70 Mk., 3: 0,60 Mk., 7: 0,55 Mk., 22: 0,50 Mk., 200: 0,30 Mark.

Diese Einzelgewinne von 0,30 Mk. bis 9,70 Mk. die Woche, ergeben für die Beteiligten eine Erhöhung ihres Einkommens von durchschnittlich 113,62 Mk. pro Jahr und Kopf. Dazu kommen dann noch an Arbeitszeitverlängerung durchschnittlich 182 Stunden pro Kopf und Jahr. Wo bleiben angesichts dieser Erfolge die Kräfte, welche den Wert der gewerkschaftlichen Arbeit nicht begreifen wollen? Eine ganze Anzahl von Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse müssen wir summarisch zusammenfassen, weil der Raum nicht vorhanden ist, sie alle einzeln aufzuführen. Bei 59 Streiks und Bewegungen zeigt die Statistik für 4251 beteiligte Mitglieder noch errungene Vorteile der verschiedensten Art. So: Abwehr von Abzügen von 5—10%, Aufschlag für Ueberstunden von 25 bis 50%, Bezahlung von Fehlguß, vorherige Vereinbarung der Abordpreise, Stellen von Hülfarbeitern, Einhaltung der Pausen, Einrichtung von Ventilatoren, Einführung von Arbeiterausschüssen, Wiedereinstellung gemäßigter Arbeitskollegen, bessere Behandlung seitens der Vorgesetzten, Verbesserung der Arbeitsordnung usw. Bemerkenswert ist in einem Falle die Einführung der achtstündigen Schicht für die Stocher, dann die Bezahlung bei militärischen Lehmann und Kontrollüberammlungen, sowie mehrere Fälle, wo der Samstag nachmittag freigegeben wurde. In einem Falle wurden den Arbeitern jährlich drei bis sechs Tage Urlaub bewilligt.

Tarifverträge konnten in 13 Fällen abgeschlossen werden, im ganzen ist unser Verband an 24 Verträgen beteiligt. Aus vorstehenden Darlegungen bekommen unsere Mitglieder ein anschauliches Bild über das, was zur materiellen Hebung unseres Standes durch den Verband im Jahre 1910 geleistet wurde. Wahrlich, es ist der Mühe wert, christlicher Gewerkschaftler zu sein und dem christlichen Metallarbeiterverband treu zu bleiben. Unsere Bewegung steht in sich gefestigt da. Mehr als 39 000 Mitglieder mit einem Vermögen von über 1 Million und zwanzigtausend Mark, schloßen heute schon die Interessen unseres Standes im christlichen Metallarbeiterverband. Nicht nur aus Gründen der Weltanschauung, sondern auch aus rein gewerkschaftlichen Gründen gehört der christliche Metallarbeiter in den christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands.

Ohne seine religiöse und politische Ueberzeugung preisgeben zu müssen, findet der christliche Gewerkschaftler auch für die Hebung der materiellen Lage seines Standes im christlichen Metallarbeiterverband die beste Gelegenheit. Aufopfernde Arbeit und treue Hingabe für die große Sache der christlichen Arbeiter brachte es fertig, daß wir heute als Gewerkschaft in der ersten Reihe stehen, um zu wirken für das Wohl unserer Arbeitsbrüder und für uns selbst.

Wer die hohen Vorteile in Rechnung stellt, die den Mitgliedern geboten werden durch das musterhafte aus-gearbeitete Unterstützungswesen, dann dazu den gewaltigen Fortschritt in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im vergangenen Jahre, der wird die Mitgliedschaft in unserem Verbande gewiß nicht gering einschätzen. Allen Kollegen aber, die in Ost und West, in Süd und Nord durch das innige Band der Einigkeit und Freundschaft mit dem christlichen Metallarbeiterverband sich eins fühlen, mögen im Jahre 1911 nicht ermüden, den Verband durch Gewinnung neuer Kämpfer zu stärken; denn ist aller Wohl auch für die Zukunft zu gut, dann legt „Stil dir selbst, dann hilft dir Gott!“

### Die Metallarbeiter in der preussischen Gewerbeaufsicht im Jahre 1910.

Die soeben erschienenen Jahresberichte der preussischen Regierungs- und Gewerbeberäte bieten in ihrem stattlichen Band wie immer eine Menge Material zur Beurteilung der Arbeitsverhältnisse. Die dem Bericht angefügten Tabellen lassen einen Vergleich mit den Vorjahren nicht ohne weiteres zu; da in Tabelle IIa die Gruppe Bleihütten und Sonstige Anlagen der Großindustrie erstmalig aufgeführt und die Gruppe Drahtziehereien mit Wasserbetrieb aus der Zusammenstellung entfernt ist. Materiell hat sich ferner der Inhalt geändert, weil durch die Gewerbeordnungsnovelle vom 28. Dezember 1908 die Gruppierung der Betriebe infolgedessen geändert wurde; als früher „Fabriken und gleichgestellte Anlagen“ gezählt wurden, während heute die Angaben der Tabellen sich auf „Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern“ erstrecken. Aus diesen Gründen verzichten wir auf eine vergleichende Gegenüberstellung.

Insgesamt waren 155 530 Betriebe vorhanden mit 3 249 005 beschäftigten Personen. Revidiert wurden 78 337 Betriebe. Die für unsern Verband in Betracht kommenden Gruppen umfassen insgesamt 23 183 Betriebe mit 1 104 381 beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen. Davon waren:

Arbeiter über 16 Jahren	944 976;
Arbeiter unter 16 Jahren	73 250;
Arbeiterinnen über 16 Jahren	76 522;
Arbeiterinnen unter 16 Jahren	8 895;
Kinder unter 14 Jahren	738.

Deren Verteilung auf die verschiedenen Gruppen der Metallindustrie ist ersichtlich aus folgender Tabelle:

Gruppen der Metallindustrie	Anzahl der Betriebe	Anzahl der beschäftigten Personen	Arbeiter		Arbeiterinnen		Kinder unter 14 Jahren
			über 16 Jahre	unter 16 Jahre	über 16 Jahre	unter 16 Jahre	
Bleihütten	16	4648	4387	235	63	11	
Zinkhütten	41	14904	12694	494	1454	271	
Balz- und Hammerwerke	289	98795	93617	4685	453	37	
Sonst. Anlagen der Großindustrie	218	63717	60002	3281	366	41	
Metallverarbeitung	12604	370247	300116	32482	31191	6019	
Industrie d. Maschinen, Instrumente und Apparate	9660	548313	470566	32028	42940	2513	
Anlagen zur Herstellung v. M.-Kumulatoren	25	2380	2315	24	38	3	
Thomaschlacken-anlagen	30	1377	1339	21	17	—	

Angesichts dieser Riesenzahlen drängt sich unwillkürlich die Frage nach dem Organisationsverhältnis auf. Doch da bietet viel zu tun übrig.

Von den 16 Bleihütten wurden 15 mit 4490 beschäftigten Personen revidiert. In eine der so gesundheitsgefährlichen Bleihütten mit 158 Arbeitern ist das ganze Jahr kein Gewerbeaufsichtsbeamter hineingekommen. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern sind in den Bleihütten nicht ermittelt worden. Die Zinkhütten wurden alle revidiert. Verstöße gegen die Bestimmungen über die Beschäftigung der Arbeiterinnen sind nicht ermittelt worden. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter werden 3 gezählt. Von den 289 Walz- und Hammerwerken wurden 276 mit 97511 Beschäftigten revidiert. In 23 Werken, die 1284 Personen beschäftigen, hat die Gewerbeinspektion im Berichtsjahre den Weg nicht gefunden. In einem Werke sind 43 Arbeiterinnen in verbotswidriger Zeit an Sonnabenden beschäftigt worden. Das deswegen eine Bestrafung erfolgt ist, geht aus der Tabelle nicht hervor. In 22 Anlagen wurden die Vorschriften über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter übertreten. Bestraft wurden 2 Personen, in 2 Fällen schwebt das Verfahren noch. Von den 218 sonstigen Anlagen der Groß- und Eisenindustrie wurden 212 Betriebe mit 63216 beschäftigten Personen revidiert. 6 Betriebe, worin 501 Personen tätig waren, blieben unrevidiert. Ermittelt wurde eine Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen, und 7 gegen die Bestimmungen über die Beschäftigung Jugendlicher. Im ersten Falle wurde 1 Person und im zweiten Falle 6 Personen bestraft.

Ueberarbeit im Sinne des § 137 Abs. 2 der Gewerbeordnung ist für erwachsene Arbeiterinnen in vorgenannten Gruppen im Jahre 1910 nicht bewilligt worden. Ausnahmen nach § 105 der G.-O. sind in Blei- und Zinkhütten nicht, und in den Walz- und Hammerwerken für 176319 Arbeitsstunden bewilligt worden; 12 diesbezügliche Anträge wurden zurückgewiesen. Drei sonstigen Anlagen der Eisenindustrie wurden 41363 1/2 Stunden gestattet; 2 Anträge sind nicht genehmigt worden.

In der Gruppe Metallbearbeitung wurden 7575 Betriebe mit 320072 Beschäftigten revidiert, während 5029 mit 50175 beschäftigten Personen nicht revidiert wurden. Die Zahl der nicht revidierten Betriebe ist also reichlich hoch. In 236 Anlagen sind Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen ermittelt worden. Bestrafungen sind 10 erfolgt. In 6 Fällen schwebt das Verfahren noch. Verstöße gegen die Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter wurden 912 ermittelt. Davon reichten nur 99 zur Einleitung eines Strafverfahrens. Einschließlich 9 Bestrafungen aus dem Vorjahre sind 75 Bestrafungen erfolgt und 30 Fälle waren am Schlusse des Berichtsjahres noch in der Schwebe. Ueberarbeit nach § 137 Abs. 2 der Gewerbeordnung wurde an Wochentagen für 7348 erwachsene Arbeiterinnen für insgesamt 113466 1/2 Stunden und an Sonnabenden für 924 Arbeiterinnen für 7926 Stunden, gestattet. Sonntagsarbeit auf Grund des § 105 der Gewerbeordnung wurde für 17763 Stunden bewilligt. 23 Anträge wurden zurückgewiesen.

Von den 9960 Betrieben der Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente wurden 6496 Betriebe mit 495219 beschäftigten Personen revidiert. Wirtzen wurden 3464 — mehr als ein Drittel — mit 53094 Arbeitern nicht revidiert. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen wurden in 103 Anlagen ermittelt. Hierunter führten ganze vier (1) zur Einleitung eines Strafverfahrens. Zwei Verteilungen sind erfolgt und zwei Verfahren schweben noch. Gegen die Bestimmungen über die Beschäftigung Jugendlicher sind 603 Verstöße ermittelt worden. Es erfolgten 54 Bestrafungen und 10 Verfahren schweben noch. Für 998 erwachsene Arbeiterinnen wurden an Wochentagen 68494 Stunden und an Sonnabenden für 84 Arbeiterinnen 4008 Stunden Ueberarbeit bewilligt. Sonntagsarbeit auf Grund des § 105 der Gewerbeordnung ist nicht gestattet worden. — 19 von den 25 Anlagen zur Herstellung elektrischer Akkumulatoren mit 2345 Arbeitern wurden revidiert. Verstöße gegen die Bestimmungen betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern sind nicht zur Kenntnis der Behörden gelangt. Sonntagsarbeit ist nicht nachgeprüft worden.

Von den 30 Anlagen, worin Thomaschlacke gemahlen oder Thomasmehl gelagert werden, sind 26 mit 1234 Arbeitern revidiert worden. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen über die Beschäftigung der Arbeiterinnen wurde eine festgestellt. Eine Bestrafung geht nicht aus der Tabelle hervor.

Das ist das wesentlichste, was aus den Tabellen für uns in Betracht kommt. Von Interesse sind besonders auch die Angaben über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung. Von den 35 Berichterstattern äußern sich diesmal 21 über Löhne und Lebenshaltung; mit Ausnahme der Berichte aus den Bezirken Süßdorf und Arnberg sind fast alle auf den Ton gestimmt, daß sich im Berichtsjahre wohl die Lebenshaltung allgemein verteuert, nicht aber die Löhne entsprechend gestiegen seien. Zur übrigen bieten die Berichte noch eine Menge schätzenswerten Materials, auf das wir demnächst noch näher eingehen werden.

### Am Marrenseil herumgeführt

wird gegenwärtig die sozialdemokratische Arbeiterpartei von ihrer patentierten „Verletzung“ im Reichstage. Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung stellt die Sozialdemokratie Anträge über Anträge, von denen sie selbst weiß, daß, wenn sich eine Mehrheit für sie fände, die ganze Reichsversicherungsordnung scheitern würde. Das Verhalten der Sozialdemokratie ist ein durch und durch mehrfaches und lediglich von ihren agitatorischen Interessen diktiert. Die Sozialdemokratie weiß so gut wie alle politischen Eingeweihten, daß die Reichsversicherungsordnung, wenn sie der gegenwärtige Reichstag nicht verabschiedet, von dem demnächst neu zu wählenden Reichstage eher schlechter als besser gestaltet werden wird. Unter Verhütung dieser Tatsache ist es ein geradezu freibekanntes Spiel, daß die Sozialdemokratie gegenwärtig mit den Arbeiterinteressen treibt und mit dem sie ein Doppeltres erreichen will: einmal will sie sich mit ihren vielen Knechten vor den unaufgeklärten Massen als den einzigen Anwalt der Arbeiterinteressen im Reichstage aufspielen, und dann hat sie die Hinterabsicht, mit ihren Anträgen die Mehrheitspartei aneinander zu sprengen und dadurch die Reichsversicherungsordnung überhaupt zu Fall zu bringen. Wie die Sozialdemokratie mit den Lebensinteressen der deutschen Arbeiter schauspielert, hat sich am Freitag den 10. Mai, gezeigt, als sie beantragte, die Altersgrenze für

den Bezug der Altersrente von 70 auf 65 Jahre herabzusetzen. Dieser Antrag ist an sich auch vielen herzlich gelinnten Arbeitern sympathisch. Die Kollegen aus unserer Bewegung, die dem Reichstag angehören, haben nicht für diesen Antrag gestimmt, und zwar deshalb nicht, weil an ihm das ganze Misserfolg der Reichsversicherungsordnung zu scheitern drohte. Die sozialdemokratische Presse hat sich daraufhin mit einem wahren Wutgeschrei über die blügerlichen Parteien, insbesondere über die christlichen Arbeiterabgeordneten, hergestürzt. „Eine schamlose Komödie“ (Leipziger Volksztg.), „unansprechlicher Schandfleck“ und „nieberträchtiger Verrat der sogenannten christlichen Arbeitervertreter“ (Münchener Post), „Verrat an den Veteranen der Arbeit“ (Zürcher Arbeiterztg.), das sind nur ein paar kleine Stichproben aus den wuschmaubenden Entwürfsartikeln, die Inhalt und Tonart aber deutlich genug charakterisieren. Doch hier ist der rote Fuchs ahnungslos oder aber mit unglaublicher Frechheit in die Falle gegangen.

Wenn es jedem vernünftigen Menschen bei der automatischen Antragstellung der Sozialdemokraten zu jedem Paragraphen der Reichsversicherungsordnung schon vollständig klar war, daß dies alles nur ein agitatorisches Motiv gewesen, und darauf berechnet ist, das Weich zu Fall zu bringen, so kann dies gerade bei der Frage der Altersrente und besonders der Altersgrenze zum Bezug derselben in drastischer Weise nachgewiesen werden. In Wirklichkeit resp. vom rein sachlichen Interesse der Industriearbeiter aus ist der Sozialdemokratie die Herabsetzung der Altersgrenze nicht nur vollständig schunuppe, sondern sie ist sogar dagegen: Warum? Die höchste Instanz der sozialdemokratischen Partei, ein von einem Parteitag gefasster Beschluß. Zur ersten Augenblick wird man dies für ganz unmöglich halten, besonders, wenn man den augenblicklichen Kanonendonner der roten Parteibatterien in Betracht zieht; aber tatsächlich ist es so. Dem sozialdemokratischen Parteitag von 1905, abgehalten vom 17. bis 23. September in Jena, lag folgender Antrag 84 vor:

Parteitagenossen in Glinshach: Die Reichstagsfraktion aufzufordern, im Reichstage energisch die Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr im Altersversicherungsgegesetz zu verlangen. (Seite 124 des Protokolls.)

Wer jetzt die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage beobachtet hat und die von Entrüstung triefenden Artikel in der sozialdemokratischen Presse liest, der wird natürlich gar nichts anderes annehmen können, als daß dieser Antrag von allen Seiten heimlich befürwortet und einstimmig angenommen worden wäre. Aber — und das ist für das jetzige heuchlerische Gaudel- und Doppelspiel der roten Demagogen geradezu nebenhernehmend — das Gegenteil geschah. Der Antrag, für die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre einzutreten, wurde vom roten Arbeiterparlament abgelehnt. Der in der sozialdemokratischen Partei als Fachmann und Spezialist auf dem Gebiet der Sozialpolitik geltende Abgeordnete Mollenhuth, seit Singers Tod auch Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wandte sich mit sachlichen Argumenten ganz entschieden gegen den Antrag. Er führte aus:

Der Antrag 84 enthält eine alte, sehr populäre und in der Agitation leicht anwendbare Forderung, die bei vielen Leuten großen Anklang findet. Aber sieht man die Forderung näher an, dann wird man zu der Ueberzeugung kommen, daß es keine unglücklichere Forderung beim Alters- und Invalidenversicherungsgegesetz geben kann, als gerade diese. Mit ihrer Verwirklichung würde den Industriearbeitern der denkbar schlechteste Dienst erwiesen werden. Ist ein Arbeiter unfähig, dann kann er Invalidenrente erhalten, und diese Rente wird er auch persönlich verbrauchen können. Ist er aber noch arbeitsfähig und verdient gerade so viel wie jeder Arbeiter auf derselben Stelle, so wird ihm, falls er dann Rente erhält, diese Rente durch Kürzung des Arbeitslohnes vielfach wieder abgezogen. Darin gehen Reich und Bundesstaaten voran. Die in den königl. Eisenhammerstätten beschäftigten Leute, welche Altersrenten erhalten, kommen gewöhnlich mit demselben Tage, wo ihnen die Altersrente zugesprochen wird, in eine niedrigere Lohnklasse, und es ist nicht selten, daß ihnen ein Mehr an Lohn abgezogen wird, als sie in Form von Renten erhalten. Die Forderung würde zur Folge haben, daß ungefähr drei Landarbeiter Rente erhalten und ein Industriearbeiter. Der Landarbeiter hat nun aber befanntlich kein Koalitionsrecht, die Bauern werden dem alten Mann leicht seinen Lohn kürzen, und würde die Erfüllung der Forderung auf eine Unterstützung der Grundbesitzer hinauslaufen. Sobald die Altersrente herabgesetzt wird, wird der Zuwachs an Altersrentnern so groß sein, daß die Beiträge erheblich erhöht werden müssen; die Durchführung dieser Forderung wäre also nichts anderes als eine Belastung der Industriearbeiter zugunsten der Grundbesitzer. Das ist auch der Grund, weshalb die Sozialdemokraten diese Forderung nicht mehr erheben, sie ist zuletzt im Reichstage von dem bekannten Führer des Bundes der Landwirte v. Blöck erhoben worden, der sich sagte, daß dadurch die Grundbesitzer eine erhebliche Ersparnis an Lohn haben würden. Ich sehe also nicht ein, weshalb wir mit einer solchen Forderung kommen sollen. Wollen wir an dem Gesetz etwas ändern, so haben wir dafür zu sorgen, daß die Leute leichter in den Bezug der Invalidenrente kommen können. (Seite 227 des offiziellen Parteitage-Protokolls.)

Radem Mollenhuth die Konsequenzen des Antrags in dieser Art und Weise geschildert hatte, wurde er, wie gesagt, abgelehnt. (Siehe Protokoll Seite 232.) Seitdem sind kaum sechs Jahre verlossen und nun erfordert es das Agitationsbedürfnis und die Beschäftigungstaktik der roten Demagogen, wieder einmal den ganz entgegengesetzten Standpunkt zu vertreten. Jetzt stellen sie im Reichstage Anträge und kämpfen mit gut geplanter Energie und Hartnäckigkeit für eine Forderung, wie „es keine unglücklichere beim Alters- und Invalidenversicherungsgegesetz geben kann“, mit deren Verwirklichung „den Industriearbeitern der denkbar schlechteste Dienst erwiesen“ würde, „weil sie nur auf eine Unterstützung der Grundbesitzer hinauslaufen“ würde. Jetzt kämpfen die Genossen und ihre Blätter mit Aufbringung ihrer ganzen Lungenkraft über diejenigen Parteien und Abgeordneten, die einen Antrag ablehnen, dessen Durchführung, nach Mollenhuth, dem sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden, „nichts anderes als eine Belastung der In-

dustriearbeiter zugunsten der Grundbesitzer“ im Gefolge hätte, weil „dadurch die Grundbesitzer eine erhebliche Ersparnis an Lohn haben würden.“ Noch niemals hat so drastisch der Beweis geliefert werden können, daß die Sozialdemokratie mit den ihr anvertrauten Arbeiterinteressen geradezu Schindluder treibt. Es muß jeder anständige und ehrliebe Mensch empfinden, der diese abgrundtiefe Unhehlichkeit und dieses Quatschspiel mit ansehen muß, Bedauern und Mitleid, daß sich Tausende von deutschen Arbeitern von solchen Demagogen am Marrenseil führen lassen.

Wenn wir die jetzigen Rasereien und Kraftmeiereien der sozialdemokratischen Presse auf den erwähnten Beschluß des Jener Parteitage umschreiben, ergibt sich ein köstliches Bild. Nur ein paar Proben, und damit sei es für diesmal genug der Brandmarkung und Züchtigung des roten Demagogen-tums. In den nachstehenden Sähen stellen wir nur an die Stelle der von der sozialdemokratischen Presse benutzten (eingeklammerten) Wörter entsprechend andere, und die Sache wirkt für sich.

„Die Sozialdemokratie (das Zentrum) verrät die Veteranen der Arbeit. Das Verräterispiel der roten (schwarzen) Arbeiterbetrüger am Reichstage nimmt immer schmählichere Formen an. Im Verein mit den Linkliberalen (Nationalliberalen) erfinden sie die kitzlichsten Schleiwege, um ungehen das bisher Arbeitertröst im Alter verkürzen und fehlten zu können.“ (Eijener Arbeiterzeitung Nr. 117 vom 20. Mai 1911.)

„Und nun das Allerschändlichste. Im Namen der Sozialdemokratie (des Zentrums) erklärte sich der jetzige Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Mollenhuth (christliche Arbeiterfraktion Weyer-Arnberg) gegen die Herabsetzung der Altersgrenze. . . . Diese nichtswürdige Komödie, die vom sozialdemokratischen Parteitag in Jena (heute im Reichstage) vor dem deutschen Volke aufgeführt worden ist, wird hoffentlich flammende Empörung aufkochen lassen. Die rote (nationale) Verrätertruppe mißsamkt ihren jüdischen (junkerlichen und pfäffischen) Kumpanen muß das arbeitenden Volkes Horn mit zermalnender Gewalt treffen.“ (Leipziger Volksztg., Nr. 115 vom 20. Mai 1911.)

Nun blüht, daß die Frechheit der sozialdemokratischen Schauspielertruppe mit den wichtigsten Lebensfragen der Arbeiter sehr weiten Kreisen derselben die Augen öffnen wird, daß sie sich mit Abscheu von der sozialdemokratischen Demagogiepolitik des „Sand in die Augen-Streuen“ abwenden werden.

### Die neue Reichsversicherungsordnung.

Im April 1909 legten die verbündeten Regierungen dem Bundesrat einen Gesetzentwurf, betreffend die Reform unserer Sozialversicherung vor; diese gelangte am 12. März 1910 an den Reichstag. Nach mehr als einjährigen Beratungen in der 16. Kommission und im Plenum ist das große, fast 2000 Paragraphen umfassende Werk zu einem gewissen Abschluß gelangt. Es kann deshalb eine zusammenfassende Darstellung des Gesetzes hier gegeben werden.

Das Gesetz umfaßt sechs Bücher. Das erste Buch enthält allgemeine Vorschriften, solche über die Organisation der Versicherungsträger und der Behörden. Gegenüber dem von uns wiederholt besprochenen Regierungsentwurf nahm der Reichstag einige Änderungen vor, dabei jumeist den Vorschlägen seiner Kommission folgend. Als Verbesserungen sind anzuführen: die Einführung der Verhältniswahlen für alle bei der Sozialversicherung vorkommenden Wahlen; eine Verbesserung des Wahlverfahrens in der Art, daß, an Stelle der Vorstände, die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen die Versicherungsträger zum Versicherungsamt wählen. Die Vorstandsmitglieder der Knappschafts- und Erbkassen nehmen an diesen Wahlen teil. Ferner wurde eine bessere Sicherung der Vertreter im Arbeitsverhältnis erreicht. Durch Einführung einer Zwischenstufe wurden die Ortslohnbestimmungen zugunsten eines großen Teils der Arbeiter verbessert. Durch eine bessere Heranziehung der Bundesstaaten zur Tragung der Kosten der Versicherungsämter sind die Versicherungsträger wie die Versicherter entlastet worden.

Anderes ist es mit den Versicherungsämtern. Die Vorgabe hatte mehr selbständige Ämter im Auge, mit einem unabhängigen Amtmann an der Spitze; sie fanden keine Mehrheit, weil ein Auswachen dieser Ämter befürchtet wurde, wie auch erhebliche Mehrkosten. An Stelle selbständiger Ämter wird nun bei jeder unteren Verwaltungsbehörde eine Abteilung für Arbeiterversicherung gebildet. Eine solche Abteilung heißt Versicherungsamt. Als Vorsitzender wird der Leiter der unteren Verwaltungsbehörde bestimmt. Es kommen in Betracht u. a. der Landrat, Bezirksamtmann, Oberamtmann, die Bürgermeister der Städte.

Beim Versicherungsamt werden beteiligt Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherter in gleicher Zahl, mindestens 12. Das Amt eines solchen Vertreters ist ein Ehrenamt; hoch werden die Vorauslagen vergütet und der entgangene Arbeitsverdienst ersetzt.

Die Aufgaben des Versicherungsamtes sind: Sie haben die Geschäfte der Reichsversicherung als untere Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde wahrzunehmen und Auskunft in Angelegenheiten der Reichsversicherung zu erteilen. Sie können die Versicherungsträger in deren Angelegenheiten unterstützen. Auch können ihnen die Landesregierungen noch andere Aufgaben aus der knappschaftlichen Versicherung übertragen.

Die Aufgaben der Versicherungsämter sind: 1. Allgemeine. 2. Aufgaben für alle Zweige: Leitung der Wahl der Versicherungsvertreter, Anordnung betr. Wohnortstrinker, Gutachten bei Festsetzung des Ortslohnes; Entscheidung bei Erbkassensprüchen und anderen Spruchfällen.

3. Aufgaben für die Krankenversicherung: Aufsicht über die Kassen und Kassenvorstände; Mitwirkung bei der äußeren Organisation der Kassen; Entscheidung in Streitigkeiten und auf Beschwerden; Befähigung von Kassenbeamten bei Streit; Genehmigung der Krankenordnung; Festsetzung des Wertes der Hof- und Hülfstoffe bei Fausgewerbetreibenden; Befugnis in Straffachen.

4. Aufgaben aus der Unfallversicherung: Teilnahme an der Unfalluntersuchung; Mitwirkung bei der Beiseiderteilung; Entscheidung einzelner Streitigkeiten; Mitwirkung bei Anmeldung der Betriebe, dem Betriebsverzeichnis, Prämienszahlung usw.; Festsetzung von Geldstrafen; Anordnung der Haftung von Bauherren; Bereidigung von technischen Aufsichtsbearbeitern usw.

5. Aufgaben für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung: Entscheidung auf Anträge, Beschwerden, Streitigkeiten; Beteiligung an der Ueberwachung; Befugnisse in Straffachen; Vorbereitung des Bescheides.

Das Versicherungsamt soll, wie schon betont, in der Regel für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde errichtet werden. Die Oberversicherungsämter bilden die höhere Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde. Sie sind in der Regel für den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde vorgesehen und treten mit einem Teile ihrer Aufgaben an die Stelle der gegenwärtigen Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung. Endlich soll das jeweilige Reichsversicherungsamt als oberste Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde übernommen, aber durch die Landesversicherungsämter für einen großen Teil der Versicherungsfälle ersetzt werden.

Zum Versicherungsamt sind als Mitglieder

**Versicherungsvertreter**

beizuziehen. Sie werden je zur Hälfte aus Arbeitgeber und Versicherten entnommen. Die Versicherungsvertreter werden von den Vorstandsmitgliedern der Krankenkassen gewählt, die im Bezirk des Versicherungsamtes mindestens 50 Mitglieder haben. An der Wahl nehmen wieder teil die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen und der Gewerkschaften und die der außerhalb des Bezirkes festhaften Kassen, sofern diese 50 Mitglieder im Bezirk haben. Die Wahl geschieht schriftlich nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Die oberste Verwaltungsbehörde erläßt eine Wahlordnung. Die Wahlordnung kann die Stimmabgabe auf Vorschlagslisten beschränken. Der Versuch, die direkten Wahlen einzuführen, mißlingt. Ein diesbezüglicher Antrag wurde mit 193 gegen 97 Stimmen abgelehnt. Die Regierung leitete starken Widerstand. Es wurde namentlich betont, daß die direkte Wahl der Vertreter keine Garantien dafür biete, daß alle Richtungen zu einer Vertretung kämen. Wähler sind nur Männer, die im Bezirke des Versicherungsamtes wohnen oder dort beschäftigt sind. Frauen können zwar bei den Versicherungsämtern wählen und gewählt werden; gegen ihre Wahl zu den Versicherungsämtern wurde regierungsseitig Einspruch erhoben. Diesen Ämtern seien richterliche Funktionen übertragen; nach den bestehenden Gesetzen könnten aber solche von Frauen nicht ausgeübt werden.

Zum Reichsversicherungsamt sind, wie zu den Versicherungsämtern und zu den Oberversicherungsämtern, ebenfalls Versicherungsvertreter zu wählen. Durch Reichstagsbeschluß wird ausdrücklich ausgesprochen, daß auch diese nach dem System der Verhältniswahl zu wählen sind. Die Vorschriften über das Wahlrecht und das Wahlverfahren bei der Wahl der Versicherungsvertreter werden noch besonders und im Zusammenhang zu behandeln sein; in Rücksicht auf den Raum und darauf, daß vorerst ein Ueberblick über das ganze Gesetz gegeben werden soll, muß jetzt davon Abstand genommen werden.

Im ersten Buche ist dann noch eine andere wichtige Frage geregelt, die über die Festsetzung des

**Ortslohns.**

Bisher bildete der „ortsübliche Tagelohn“ den Maßstab für die Beiträge und die Leistungen. Je höher der Ortslohn festgesetzt ist, je höher sind die Leistungen aus allen Versicherungsarten. Der Ortslohn wurde früher von den oberen Verwaltungsbehörden festgesetzt. Nunmehr geschieht das durch das Oberversicherungsamt, bei dem auch Arbeitervertreter beteiligt sind. Diese können also ihren Einfluß geltend machen und auf die Höhe des Ortslohns mitbestimmend einwirken. Gegenüber dem bisherigen Recht ist das eine bedeutende Verbesserung. Auch die Krankenkassen müssen vor Festsetzung des Ortslohnes konsultiert werden.

Eine Uebersicht über die Bestimmungen des zweiten Buches (Krankenversicherung) folgt in nächster Nummer. S. 15.

**Aus der Arbeiterbewegung.**

**Krankenkassenangestellte und Reichsversicherungsordnung**

Die Sozialdemokraten haben am 30. April in Berlin eine Protestversammlung der Kassenbeamten abgehalten und dabei mit viel Geschrei gegen die Reichsversicherungsordnung protestiert. Wer sich die großen Protestreden anhörte, sollte wirklich meinen, diese Tagungen wären die Vertretung des größten Teiles der Krankenkassenbeamten gewesen. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Der weitaus größte Teil der Krankenkassenbeamten ist mit der Reichsversicherungsordnung sehr zufrieden und hat erklart, daß die ganze Protestbewegung nichts anderes ist, als ein Verstoß, unrechtmäßig erworbene Privilegien bei den Krankenkassen hervorragenden roten Parteigrößen auf weitere Zeit hinaus zu sichern. Die Angestellten der Leipziger Ortskrankenkassen beschlossen eine Resolution, in der es heißt:

Die im Saale des „Schloß Ritterstein“ versammelten Krankenkassenangestellten erachten die Bestimmungen in Entwurf der Reichsversicherungsordnung nach den Beschlüssen der Kommission als geeignete Grundlage für die gesetzliche Regelung ihrer Anstellungs- und Rechtsverhältnisse, und setzen das vollste Vertrauen in die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften, daß durch die Bestimmungen des Einführungsgesetzes eine Aufhebung oder Beschränkung wohlverworbener Rechte und gerechtfertigter Bezüge nicht zu erwarten steht; sie sind auch der Ueberzeugung, daß die getroffenen Bestimmungen lediglich eine Folge der vielfach mißbräuchlichen Ausübung des Selbstverwaltungsrechtes sind. Die Versammelten befinden sich hierbei in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des „Landesvereins der Ortskrankenkassenbeamten im Königreich Sachsen“ und des „Bundes deutscher Krankenkassenbeamten“ und vermögen sich mit den Tendenzen des gegnerischen Verbandes nicht einverstanden zu erklären, zumal die in den letzten Jahren eingeschlagene Taktik immer deutlicher erkennen läßt, daß es dem Verbande mehr um die Agitation für die sozialdemokratische Partei, als um Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Kassenangestellten zu tun ist.

Dieser Kundgebung hat sich nun auch der „Bund deutscher Krankenkassenbeamten“ (Sitz Mannheim) in einer öffentlichen Erklärung angeschlossen. In dieser Erklärung wird betont, daß der Bund „die Bestimmungen im Entwurf der Reichsversicherungsordnung nach den Beschlüssen der Kommission als geeignete Grundlage für die gesetzliche Regelung der Anstellungs- und Rechtsverhältnisse der Krankenkassenbeamten erachtet und das vollste Vertrauen in die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften setzt, daß durch die Bestimmungen des Einführungsgesetzes eine Aufhebung oder Beschränkung wohlverworbener Rechte und gerechtfertigter Bezüge nicht zu erwarten steht. Der Bund ist auch der Ueberzeugung, daß die getroffenen Bestimmungen lediglich eine Folge der viel-

fach mißbräuchlichen Ausübung der sozialdemokratischen Kassenverwaltungen sind.“

Gegenüber der unter Verschönerung der Tendenz von den Sozialdemokraten in Berlin arrangierten Protestkundgebung von „Angestellten“ und der im Anschlusse daran betriebenen Durchführung der Deffektivität durch Beschlechte, sei dann noch folgendes festgestellt: 1. daß die in Frage kommende, am 30. April d. J. in Berlin stattgefundene Protestversammlung nicht von einem „Verbande der Krankenkassenbeamten“, sondern von dem im Schlepptau der Sozialdemokratie befindlichen „Verbande der Bureauangestellten“ (Vorstand: der frühere Arbeitersekretär Giebel) einberufen worden ist; 2. daß der Bund deutscher Krankenkassenbeamten (Sitz Mannheim) mit diesem Verband nichts gemein hat, und die Kundgebung der erwähnten Protestversammlung nicht die Willensmeinung der deutschen Krankenkassenbeamten zum Ausdruck bringen kann. Es muß vielmehr als eine Verneinung bezeichnet werden, die Versammlung des in der Hauptsache aus Nichtkrankenkassenbeamten zusammengesetzten Verbandes der Bureauangestellten als „Deutscher Krankenkassenbeamtenstag“ zu bezeichnen. — So betreiben die Sozialdemokraten Volksbetrug, um die öffentliche Meinung vor ihren Karren zu spannen.

**„Sie können betteln gehen, wenn sie Hunger haben!“**

Die „Invaliden und anscheinend kränklichen“ Arbeiter nämlich; das ist kurz der Inhalt eines Schriftstückes, welches vom Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Witten ausgeht. Vorab sei bemerkt, daß die sämtlichen Vertreter- und Vorstandsmitgliedern der Arbeitnehmer in Händen der Sozialdemokraten sind. Wie herrlich diese Leute mit den Arbeiterinteressen umspringen, beweist das folgende Kulturdokument:

Allgemeine Ortskrankenkasse Witten, Witten, den 11. Mai 1911.

S. Nr. 732.

An die Herren Arbeitgeber!

Im abgelaufenen Rechnungsjahr mußten dem Reservefonds zur Deckung der Ausgaben wiederum 8000 Mk. entnommen werden, sodaß derselbe nunmehr noch 28 622,11 Mark beträgt, während er für das laufende Rechnungsjahr 118 228,15 Mk. betragen müßte. Dieses ungünstige Ergebnis ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß der Kasse eine große Anzahl Reichs- und Berginvaliden, sowie sonstige nur teilweise erwerbsfähige Personen angehören, die naturgemäß ganz erhebliche Kosten verursachen.

Um diesem Uebel zu steuern, ist es daher eine unbedingte Notwendigkeit, daß seitens der Arbeitgeber unter den zur Einstellung kommenden Arbeitern eine bessere Auswahl getroffen wird. Invalide und anscheinend kränkliche Personen sind möglichst zurückzuweisen. Sollte sich aber die Annahme derartiger Leute nicht vermeiden lassen, dann bitten wir denselben aufzugeben, zunächst von dem ihnen auf Grund des § 3a Krank.-Vers.-Gesetz zustehenden Rechte der Befreiung von der Krankenkassenversicherungspflicht Gebrauch zu machen und dieselben erst dann einzustellen, wenn sie eine von uns ausgestellte Bescheinigung erbringen, daß die Befreiung erfolgt ist. Die Personen brauchen alsdann nicht zur Kasse angemeldet zu werden; Brauchen sie erkranken, so hat nötigenfalls der zuständige Armenverband einzutreten. Die Anträge auf Befreiung sind seitens der in Frage kommenden Leute entweder mündlich oder schriftlich mittels besonderer Formulare die von uns auf Wunsch unentgeltlich geliefert werden, auf der diesseitigen Kasse anzubringen.

Die Herren Arbeitgeber werden dringend gebeten, in Zukunft genau hienach zu verfahren und auch im übrigen die Kasse zu schützen, wo immer sich Gelegenheit dazu bietet. Wir sind sonst trotz der bereits beschlossenen Beitragserhöhung nicht in der Lage, eine Sanierung der Kassenverhältnisse herbeizuführen.

(Folgt Unterschrift.)

Dieses Schriftstück kommt zur rechten Zeit, um der Sozialdemokratie die heuchlerische Maske vom Gesicht zu reißen! Im Reichstag werden zurzeit bei der Beratung der Reichsversicherungsreform seitens der sozialdemokratischen Abgeordneten Anträge auf Anträge gestellt, die „Verbesserungen“ darstellen sollen, aber regelmäßig als zurzeit unbrauchbar unter den Tisch fallen. In der Praxis aber läßt sich eine sozialdemokratische Mehrheit dazu herbei, armen Arbeitern die Arbeitsgelegenheit zu unterbinden. Was braucht ihr „Invaliden und anscheinend kränklichen“ Arbeiter Rechte — für euch ist die Armenunterstützung gut genug! So handeln sozialdemokratische Arbeiterinteressenvertreter. Christliche Arbeiter, merkt's euch!

**Kundschau.**

Ein Reichsreinigungsamt ist vom Uebel; es gefährdet — nach Ansicht der Scharfmacher — die wirtschaftliche Gerechtigkeit!!! Jüngst hielt Freiherr von Verlepsch in der Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für soziale Reform einen Vortrag, worin er die Errichtung eines Reichsreinigungsamtes zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten forderte. Daß der Vortrag allseitige Beachtung fand und auch eine lebhafteste öffentliche Besprechung auslöste, ist bei der Wichtigkeit der Materie selbstverständlich. Die „Mitteilungen“ der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände äußern sich jetzt auch zu der Schaffung eines Reichsreinigungsamtes. Der ablehnende „Ruz“ wird ja, wie wir auch nicht anders erwarteten, weiter gesteuert. Nur hat die Hauptstelle sich diesmal eine andere Taktik aufgestellt. Sonst wurde alles mit der Kraftnatur des Herrnmenschen in Grund und Boden verdonnert. Jetzt will man der Welt weismachen, ein Reichsreinigungsamt sei nicht nötig, weil die Kämpfe ausgefochten werden müßten, damit die dann erfolgende Einigung auch wirklich der Ausdruck wirtschaftlicher Gerechtigkeit sei. So ganz harmlos wird dann den Arbeitern allgemein unterstellt, sie seien die Friedensstörer, während die Arbeitgeber nie ein Wässerchen trübten. Wirklich heißt es in dem Artikel: „Angriffskämpfe der Arbeitgeber mit der Forderung positiver Beschlehterung der Arbeitsverhältnisse sind bei uns ausgeschlossen.“ Höher geht die Scheinheiligkeit nimmer. Also alle die ungerechtfertigten Lohnabzüge etc. die Abwehrkämpfe auslösten, waren Angriffs-kämpfe der Arbeiter. Und dann erst die „Gerechtigkeit“ der Hauptstelle. Gerecht ist bei ihr anscheinend nur die Einigung, die nach dem Weisföhlen erfolgt. Wirklich eine nationale Tat, bei der die Hauptstelle sich leicht den Hut absagen könnte, auf dem sie ihre Kollegen aber werden aus dem Scharfmachererguß die Lehre ziehen, daß die Herren

nach wie vor mit dem Gedanken spielen, die Arbeiterorganisationen bei passender Gelegenheit niederzuschlagen. Dagegen gibt es nur ein Hilfsmittel, Stärkung unserer auf christlicher und nationaler Grundlage beruhenden Organisationen und Schaffung einer starken finanziellen Rückenbedeckung. Nur durch wird es gelingen, gewisse Leute von den überlebten Herrenmenschenallüren zu kurieren. Wenn der Wien muß — kann er auch anders.

Bei der Reichsversicherungsordnung müssen die Sozialdemokraten Haare lassen. Darob setzt nun ein Geschrei und Gezeier ein, wie es noch nicht gehört wurde. Es ist aber auch wirklich kein Vergnügen, die „Einkuren“ in den Krankenkassen zu verlieren. Selbst das „wissenschaftliche“ Organ der „freien“ Gewerkschaften vertritt über das gefährdete Kapitel neun Spalten, um zu beweisen, „daß auf diesem Wege nur etwas zustande kommen, was den Interessen der Arbeiter zuwider ist.“ So schlimm ist's ganz gewiß nicht. Genau so sagten die Sozialdemokraten bei der Einführung der Krankenversicherung. damals — 1883 — meinte der Sozialdemokrat Dieß im Reichstag: „Die jetzt von ihnen vorgeschlagene Form der Ortskrankenkassen enthält etwas, was jeder selbständige Arbeiter von vornherein ablehnen muß. Sie enthält den Arbeitgeberbeitrag und sie enthält den Anteil der Arbeitgeber in der Verwaltung. Ein derartiges Rassenstich gehört bei unseren Arbeitern zu einem längst überkommenen Standpunkt und wird von ihnen in der leidenschaftlichsten Weise stets bekämpft; dem Arbeiter gebührt freie Verwaltung seiner Krankenkasse. Der Arbeiter will die Krankenversicherung aus eigenen Beiträgen bestreiten ohne Rücksicht der Arbeitgeber.“

Trotz der Dießschen Prophezeiung haben die Krankenkassen in der bestkämpften „Form“ segensreich gewirkt, abgesehen natürlich von dem Umfange der roten Gewalttätigkeit. Dem „Korrespondenzblatt“ wird's mit seinem Unfug genau so ergehen, wie dem Genossen Dieß. Das Prophezeien ist überhaupt eine brotlose Kunst; das mußte ja schon Debel erfahren. Alle Ablehnungsversuche der Sozialdemokraten, sie hätten mit ihrer Macht keinen Mißbrauch getrieben, wird dazu noch vom „Vorwärts“ in Erläuterung geschlagen, wenn er jetzt in seinen polemischen Ergüssen wegen der Stuttgarter Bürgermeisterversammlung u. a. sagt:

„Wenn Sozialdemokraten einen Genossen in irgendein öffentliches Amt berufen, so tun sie es, damit er in dieser Stellung die Interessen der Partei nach besten Kräften wahrnehme, und, soweit es die Natur des Amtes gestattet, die sozialdemokratischen Forderungen durchsetzen helfe.“

Klarer kann die Gewalttätigkeit schlechterdings nicht gegeben werden. Das wissen die Sozialisten auch sehr genau, und die „anderen“ haben es gefühlt. In dieser brenzligen Situation sprang dann der „große“ Taktiker Otto Hue in die Arena, um die Genossen herauszuhalten. Aber es wollte nicht geraten. Da man im Reichstag nicht wie im Essener „freien“ Gewerkschaftstaktik an die Tränenbrühen der Metallarbeiter appellieren kann, hielt Otto eine „Irrenhausrede“, welche von der „Köln. Volksztg.“ folgendermaßen zensiert wurde:

„In der Beratung der Reichsversicherungsordnung hat gestern der sozialdemokratische Abg. Hue mit seiner Rede den Tiefstand der Debatte erreicht. Es war ein persönliches Schimpfen so roh in Ton und Stimmung, daß auch liberale Abgeordnete ostentativ aus dem Saal gingen. Die Rede zeigte so recht den Haß dieses Demagogen gegen die christlichen Arbeiterführer, besonders gegen den Abg. Beder. Sie bewies aber auch, wie wenig ernst und sachlich die ganze Rede und Antragstellung bei diesem wichtigen Gesetzgebungswerke ist.“

Wenn Hue wegen seiner Bettelungen im eigenen Lager gefaßt werden sollte, verbirgt er sich hinter die Bergleute. Jetzt vertritt er sich hinter die Immunität. Die „breußisch Eingewickelten“ von der roten Provinzpresse beten ihn nach und schwafeln von den christlichen Arbeiterführern als „gefälligkeitslosen und pflichtvergessenen Elementen“. Diese werden ja Gelegenheit zum „Beweisen“ bekommen; sie dürfen dann auslöfen, was Hue ihnen unter dem Schutze der Immunität angebrockt hat.

Zu dem allgemeinen roten Lobwahn kann natürlich die „Metallarbeiterzeitung“ nicht fehlen. Sie lammert, weil die ganze „Rebelle“ auf den sozialdem. Abgeordneten lastet. Merkwürdig, das sagt genau dasselbe Blatt, welches vor einiger Zeit den Chemnitzer Metallarbeitern sagte: „Es glaubt der Mensch, wenn er nur Worte hört, es müsse dabei sich doch etwas denken lassen.“ Worte es nicht gefeierter von der „Metallarbeiterzeitung“, diese Mahnung an die rote Reichstagsfraktion zu richten? Aber — der Parteinecht muß, sonst kommt Pannekoek und nimmt sie vor, wie in der Knabenstube.

Aus der Metallindustrie. Die Deutsche Verkaufsstelle für gewalzte und gepresste Bleifabrikate in Köln hat mit Gültigkeit ab 12. Mai 1911 die Preise für Bleizeugnisse in den Bezirken Rheinland-Westfalen und Süddeutschland um Mk. 1.— bis 100. Mk. erhöht. — Die Rheinischen Stahlwerke wollen mit der Jülich-Steinbergischen Hütte in Ilenburg eine Interessengemeinschaft eingehen. — Die Breslauer Maschinensabrik u. Metallgießerei verteilt wie im Vorjahre 5% Dividende. — Die Deutsche Gußstahlfabrik- und Maschinenfabrik in Schweinfurt a. M. steigerte ihren Reingewinn von 499 481 Mk. auf 603 869 Mk. Dafür erhalten die Aktionäre 12% Dividende anstatt 8% im Vorjahre.

Wenn zwei das selbe tun. Der im Jahre 1908 in Hof an der sozialdemokratischen „Oberfränk. Volksztg.“ tätig gewesene Redakteur Otto Burgemeister ist aus der sozialdemokratischen Partei ausgestiegen. In einer Schrift legt er seine Austrittsgründe dar und schreibt auch die schlechten Erfahrungen, die er in den Hof sozialdemokratischen Parteitreifen gemacht hat. Er wirft seinen früheren Genossen in Hof Unklarheiten und selbstsüchtiges Verhalten vor. Zum Schluß schreibt er: „Es gibt nicht einen von der Sozialdemokratie gegen die bürgerliche Gesellschaft erhobenen Vorwurf, welcher nicht auf seine Urheberin zurückfällt; brutaler Egoismus, Anechtheit und Verräterei sind Eigenschaften, die als gerade notwendige Folge der Abhängigkeit von einer launenhaften Mehrheit betrachtet werden müssen.“ — Diese Zeichnung ist der Sozialdemokratie nun äußerst unangenehm. Ein großer Sennon wird in der roten Presse gegen ihn losgelassen. Der langen Rede kurzer Sinn ist, der Redakteur Burgemeister sei ein zum Reichsverband übergetretener Renegat. Das würde die ganze Beschichte für sich wissen.

weil wir der Meinung sind: „Der Vogel, der seine eigenen Nest beschmutzt, hat selten seine Federn!“ Aber was war das für ein Geheul, als der edle Johannes Woff mit seiner Subel aufwartete. Die rote Presse stellte ihm weißes Papier zur Verfügung zur Verfertigung der Christlichen, und in den Partei- und Gewerkschaftssekretariaten wurden die Wände bedeckt mit meterlangen Plakaten. Und jetzt? — werden die Genossen weiter kochen, bei uns ist alles in schönster Ordnung aber bei den Christen! — Wir raten unseren Kollegen, dort, wo die Sozialdemokraten mit den Gegnern des Johannes Woff kochen, ihnen die Broschüre des roten Negativen Bürgermeisters um die Ohren zu schlagen. Dann werden die „Phrasenbroschüren“ abmontiert.

Der vielgerühmte sozialdemokratische Manneswut, war mal wieder — in die Sommerfrische gegangen, als der Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Solingen, Genosse Rapp, seine Verläumdungen beweisen sollte. Als Anfangs Februar d. J. die Tarifbewegung der Fabrikarbeiter der Firma Webersberg, Kirchbann w. Gl. dadurch in Saube verlief, daß der Vertreter des Industrierbeiterverbandes in dem Augenblick, da die Firma die Arbeiter ausperren wollte, für seinen Verband den Tarifvertrag zurückzog, erklärte Rapp mehrfach in der Öffentlichkeit, Witte habe sich vom Direktor der Firma „Schmieren“ und bestechen lassen. Witte strengte gegen Rapp eine Verleumdungsklage an. Rapp erklärte vor dem Schöffengericht, daß er die Beschuldigung nicht anzuerkennen könne, er bitte Witte um Verzeihung. — So sehen die „Helden“ aus; erst wird das Mundwerk recht voll genommen, und dann klappen sie zusammen wie ein Solinger Taschmesser!

Entlarvte Schwindler. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband wird gleich auf zwei Stellen als Schwindler entlarvt. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften weist ihm nach, daß er aus der Calberghen „Konjunktur“ Zahlen abgeschrieben habe, die vor drei Monaten erschienen seien. Jetzt aber kühn behauptet, Calber habe das genaue Gegenteil geschrieben. Das sozialdemokratische „Korrespondenzblatt“ schreibt dann dem sozialdemokratischen „Textilarbeiter“ ins Stammbuch:

„Unsere Leser sehen daraus, daß die tatsächlichen Angaben des (soz.) „Textilarbeiter“ über die Geschäftsergebnisse der 273 Betriebe Wort für Wort der „Konjunktur“ entnommen sind, während gleichzeitig die Behauptung aufgestellt wird, der Lehrer an der Gewerkschaftsschule, Richard Calber, habe dem Textilarbeiter „kürzlich wieder den Liebesdienst erwiesen, die Rentabilitätsquote um fünfzig Prozent in Erscheinung treten lassen, wie sie in Wirklichkeit ist.“ Diese Feststellungen der Tatsachen macht gegenüber den Angriffen des (soz.) „Textilarbeiter“ weitere Ausführungen überflüssig.“

Also puzer Schwindler. Im anderen Falle schrieb der sozialdemokratische „Textilarbeiter“ in seiner Nr. 16:

„No w a w e s. Ein „sonderbarer Heiliger“ scheint der Vorleser des christlichen Textilarbeiter-Verbandes hier zu sein; er behandelte einen Arbeiter in der Fabrik, in der er Obervorsteher ist, berart, daß der Arbeiter erschreckt nach Hause lief — in Hufe und Hemd, denn seine übrige Kleidung war im Weibal herumgeworfen worden. Der Mann war durch nichts zu bewegen, die Arbeit in dem Betriebe wieder aufzunehmen, wo er 5 Jahre lang geschäftig hatte.“

Demgegenüber stellt der christliche Textilarbeiterverband fest, daß er in Nowawes kein einziges Mitglied habe, mithin auch keinen Vorlesenden. Solche Schwindlerhebelentaten bedürfen keines Kommentars.

Die Stuttgarter Bürgermeisterwahl hat mit einem Vereinstfall für die Genossen geendet. Die schwäbischen Sozialdemokraten machen nach diesem Mißergebnis ein Gesicht, als sei ihnen die ganze Pterfelle verhängt. Ganz erbost schimpft das sozialdemokratische „Medar-Echo“, die Schwärzblauen hätten die beste Hilfe gefunden in dem Dreigestirn der Biondschwärzer „Vorwärts“ — Leipziger Volkszeitung — Neue Zeit.“ Dieses Dreigestirn hätte mit seinem mächtigen Unverständnis die Ehre der eisernen Solidarität verlegt, und in seinem unheilbaren Unverständnis krankhafte Selbstverstümmelung getrieben. Auf diese, echt „genossenhaften“ Stillübungen kann der angezapfte „Vorwärts“ natürlich nicht schweigen. Das soz. „Medar-Echo“ habe sich mit seinem Jubelartikel voll bleibener Phrasen bis auf die Knochen blanniert, meint er in seiner liebenswürdigsten Weise. Weiter schreibt der „Vorwärts“ dem Redakteur des „Medar-Echo“ noch allerlei persönliche Dinge ins Album worauf wir weiter nicht eingehen wollen. Solch traute Kreise darf man nicht stören. Aber merken wollen wir's uns.

Ein sozialdemokratischer Geflügelzuchtverein, das ist kein schlechter Witz, sondern feste Abicht der Genossen in Solingen. Dort sollte im Stadtrat ein Preis für eine Geflügelausstellung bewilligt werden. Die sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder lehnten dieses ab. Als der Oberbürgermeister erklärte, die Geflügelzucht habe doch nichts mit der Politik zu tun, meinte der Redner der Sozialdemokraten, daß wahrscheinlich in absehbarer Zeit auch sozialdemokratische Geflügelzuchtvereine kommen würden. Die Sozialdemokratie macht also Fortschritte in der Vergesellschaftigung der Produktionsmittel. Dabei wird aber gleich die weitestgehende Arbeitsteilung vorgenommen. In Desterreich „vergesellschaftlicht“ man das mobile Kapital und gründet eine Großbank, in Solingen gründet man den Agrariern das Wasser ab. Manzenbrecher hat entschieden ein gutes Wert getan als er den Genossen vorhielt, „sie wüßten nicht was sie wollten.“ Das soll mit Volkswampf widerlegt werden. Ob die Agitatoren des Deutschen Metallarbeiterverbandes jetzt immer noch von christlichen Schraubschraubern und christlichen Drehbänken reden?

Wer ist ein Sozialdemokrat? Diese Frage wird je nach den Landesstellen in Deutschland verschieden beantwortet. Namentlich in Süddeutschland meint man, die Sozialdemokratie würde sich wegen ihres revisionistischen Einschlags zu einer Partei durchwandern, die sich mit der bevorstehenden Gesellschaftsordnung abfinden würde. Das dies eitel Lug und Trug ist, wußten wir längst. In manchen Regierungsteilen sehen man allerdings anderer Meinung zu sein. Anders läßt sich die offenkundige Bevorzugung der sozialdemokratischen Organisationen nicht erklären. Diese Hoffnungen werden aber zunichte gemacht durch den „Vorwärts“. Er gräbt regelmäßig der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl eine Rezensur des Begriffs „Sozialdemokrat“ aus, die der sozialdemokratische Abgeordnete Klotz in der württembergischen Kam-

mer gegeben hat. Klotz sagt: „... Denn darüber ist doch auch der Herr Staatsrat von Felschauer seither nicht im Zweifel gewesen, und wohl niemand in diesem Saale, daß jeder, der Sozialdemokrat ist, der das sozialdemokratische Programm anerkennt, daß der Herr Feind, der Todfeind der bürgerlichen Gesellschaftsordnung sein muß. Gewiß! Javallos! Die Sozialdemokratie stellt auf dem Standpunkte daß die bürgerliche Gesellschaftsordnung beseitigt und an ihrer Stelle die sozialistische Gesellschaftsordnung gesetzt werden soll. Nur wer diese Grundföhe anerkennt, kann Sozialdemokrat sein. ... Und wer anderer Meinung ist in diesem Punkte, hat die Sozialdemokratie nicht genau gekannt, hat ihr Programm nicht gekannt. Wer Sozialdemokrat sein will, muß prinzipiell Gegner der bürgerlichen Gesellschaft sein. (Vorwärts Nr. 114/1911.) — Also, wenn auch revisionistisch, dann doch allseits framm revolutionär.“

### Streits und Lohnbewegungen.

**Gewelsberg.** Im Betriebe der Gewelsberger Herz- und Ofenfabrik Aktiengesellschaft Wilhelm Kressit haben die Arbeiter der Brennerlei, Auftragerlei und Emaillefabrik die Kündigung eingereicht. Die Ursache dieser Bewegung sind die sonderbaren Zustände, wie sie gerade in jenen Abteilungen der Firma vorherrschend sind. Die Arbeit der Leute ist eine überaus schwere und gesundheitschädliche. Trotzdem schon bei einer 10stündigen Arbeitsdauer hat der Arbeiter ziemlich erschöpft ist, sind überstunden an der Tagesordnung, ohne daß dafür eine besondere Vergütung gezahlt wird. Die Arbeiter hatten nun von der Firma für Überstunden einen Zuschlag von 25 Proz. und für solche während der Nachtzeit und an Sonntagen eine Mehrbezahlung von 50 Prozent gefordert. Bei der Verhandlung erklärte Herr Eiden, der Betriebsführer der Firma, in Zukunft sollten keine Überstunden mehr gemacht werden, ließ dabei aber gleichzeitig durchblicken, daß er die Leute, welche Überstunden verweigerten, schon durch andere zu ersetzen wisse. Ferner hatten die Arbeiter die Errichtung einer Ventilation gefordert. Eine solche ist um so notwendiger, als die Arbeit insbesondere in der großen und kleinen Emaillefabrik mit schweren gesundheitlichen Gefahren verbunden ist. Die sich bei der Beschäftigung mit der bleihaltigen Emaille entwickelnden Dämpfe und Dämpfe sind schon oft die Ursache zu schweren Erkrankungen der Leute geworden. Besonders wird das häufige Auftreten der Blei-Intoxikation beklagt. Auch diese Forderung wurde glatt abgelehnt mit der Begründung, daß bei Einrichtung einer Ventilation zu viel Emaillestaub verloren ginge. Nach der Gesundheit der Arbeiter wird also wenig gefragt, wenn nur ja kein Verlust an noch so minimalen, materiellen Werten erfolgt. Die Arbeiter sind nicht gewillt, derartige Zustände noch länger mit zu machen, sondern fest entschlossen, die gestellten Forderungen auch durchzuführen. Wenn dies nicht ohne Kampf abgehen wird, so liegt die Schuld vornehmlich auf Seiten der Firma, die nach wie vor auf ihrer ablehnenden Stellung beharrt, trotzdem es nur einigen Entgegenkommen bedürft hätte, um die Sache zu erledigen. Daß die Firma sehr wohl in der Lage ist, die gestellten geringen Forderungen der 18 in Betracht kommenden Arbeiter zu bewilligen, zeigt uns ein Blick auf ihre Geschäftsabrechnung. Seit März 1907, wo sie mit Rückwirkung vom 1. Juli 1906 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, konnte sie jedes Jahr 10 Proz. Dividende verteilen. Der Umsatz in den letzten 3 Jahren stellt sich wie folgt: 1853 209 M., 1904 764 M., 1905 703 M. für die Teilhaber also ein äußerst lukratives Geschäft, während für die Arbeiter nichts übrig bleibt. Bemerkenswert für die gesamte Arbeiterschaft der Firma Kressit ist übrigens die Auslassung des Herrn Eiden, indem er sagte, wenn ich euch die Überstunden bezahle, dann kommen die Leute der anderen Abteilungen mit dem gleichen Wunsch. Das ist eine Mahnung an die Arbeiter, die bisher der Organisation gleichgültig gegenüberstanden, endlich mit dieser Interesselosigkeit zu brechen und sich einmütig dem christlichen Metallarbeiterverbande anzuschließen. Dann wird es schon ein leichtes sein, der Arbeiterchaft die bislang vorentgangenen Rechte zu erringen.

**Stuttgart.** Ein neues Glied in der Kette sozialdemokratischer Mißerfolge ist der Verlauf und das Ende des hiesigen Bauhofsstreiks. Denn die sozialdemokratisch organisierten Bauhofsarbeiter haben sich hier durch einen siebenwöchigen Streik einige Verschlechterungen gegenüber dem ohne Streik abgeschlossenen Tarif erkämpft haben, so mögen sie das auf's Konto der Unzulänglichkeit ihrer Führer setzen. Die in unserem Verbandsorganisierten Schlossergesellen beschäftigten sich in einer stark besuchten Versammlung mit dem neuerdings in Sonderbehandlungen zwischen der Schlosserinnung und dem deutschen Metallarbeiterverband abgeschlossenen Tarifvertrag. Nach eingehender und reiflicher Durcharbeitung fand nachstehende Entschliebung einhellige Annahme:

„Die heute vom christlichen Metallarbeiterverbande in den „Römischen König“ einberufene vollständig besetzte Schlosserversammlung beschloß sich mit dem zwischen der Schlosserzwangsinnung und dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande abgeschlossenen Tarifvertrag. Die Versammlung kann aus dem vorgelegten Tarif keine nennenswerte Verbesserung gegenüber dem zwischen dem christlichen Metallarbeiterverband und der Schlosserinnung am 8. April 1911 abgeschlossenen Tarif erkennen. Woff aber zeigt die Arbeitszeitverlängerung an den Samstag ohne diesbezüglichen Lohnausgleich eine erhebliche Verschlechterung. Die Festlegung der Lohnsätze weist nur in der untersten Stufe eine kleine Verbesserung auf, die aber durch die in den aufwärts folgenden Stufen enthaltene Verschlechterung größtenteils wieder aufgehoben wird. Auch der Satz von 62 Pf. in diesem Tarif wird durch den Kommentar zum § 4 (Sohnfrage) so erheblich eingeschränkt, daß ein weiterer Vorteil gegenüber dem Tarif des christlichen Metallarbeiterverbandes dabei nicht gefunden werden kann. Für die christlich organisierten Schlossergesellen besteht aus all diesen Gründen keinerlei Veranlassung, auf den zwischen dem christlichen Metallarbeiterverband und der Schlosserzwangsinnung Stuttgart am 8. April 1911 abgeschlossenen Vertrag Verzicht zu leisten. Weiter sind die christlich organisierten Schlosser der Ueberzeugung, daß das jetzt erzielte Resultat des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes schon durch die Verhandlungen mit dem christlichen Metallarbeiterverband am 8. April erreicht wurde, und daß es deshalb eines siebenwöchigen Streikes mit all seinen Opfern nicht bedürft hätte, um dasselbe noch einmal herbeizuführen. Nur der Unzulänglichkeit der sozialdemokratischen Verbandsleitung ist es zuzuschreiben, wenn im Stuttgarter Schlossergewerbe keine Einigung im Tarifwesen auf gemeinschaftlicher Grundlage zustande gekommen ist.“

Wie „wohl“ es der Leitung des sozialdemokratischen Verbandes nach dem Abschlusse des für sie so blamabel verlaufenen Kampfes ist, geht daraus hervor, daß das am Platz erscheinende soz. Blatt, die „Schwäb. Tagwacht“, als einzigen Wert folgende Notiz brachte: „Der Bauhofsstreik in Stuttgart beendet, die Arbeit wird morgen wieder aufgenommen.“ Von einem Sieg oder Erfolg keine Spur. Nach außen hin jedoch, wo es die streikenden Schlosser, die dem bekannten Größen- und Machtigkeit der sozialdemokratischen Führer zum Opfer fielen, nicht gewahrt werden, wird von einem „großartigen Sieg“, so brüht sich z. B. der sozialdemokratische „Vollstreicher“ in Karlsruhe aus, geschwafelt. Der ganze Verlauf dieses für unsere Kollegen gewiß opfer- aber auch siegreichen und mit Ehren bestandenen Kampfes, die seitens des Gewerkschaftsvorsitzenden unserem Verbands gegenüber beobachtete Haltung behilfen noch einer eingehenden Schilderung, die wir später nachholen werden.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Reaktionschluß ein Verzicht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzulenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

**Düsseldorf.** Die Eisengleiserlei der Firma Schwarz ist für Formner gesperrt.

**Düsseldorf-Berath.** Die deutsche Maschinenfabrik ist für Dreher und Maschinenarbeiter aller Art gesperrt. **Schloß-Holte.** Auf der „Holter Elsenhütte“ (Inh. Dr. G. Tenge) stehen die Arbeiter im Streik. Zugun von Beschlagnehmern, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

**Danzig.** Auf der Seeschiffswerft F. Schönan ist Streik ausgebrochen. Zugun von Handwerkern und Arbeitern aller Art nach Danzig und Elbing ist fernzuhalten.

**Regensburg.** Hier selbst stehen die Schlosser im Streik. Zugun ist fernzuhalten.

**Sendenhorst i. W.** In den Sendenhorster Emaillewerken sind Differenzen ausgebrochen.

**Kauten.** Das Emaillewerk der Firma Franz Eöhne ist wegen Kündigung der organisierten Arbeiter, für Arbeiter aller Art gesperrt.

**Menden-Böckerde.** In der Drahtweberei und im Feinzug der Firma „Neuwalwerk“ sind Lohnunterschieden ausgebrochen. Zugun von Drahtarbeitern aller Branchen ist fernzuhalten.

**Menden.** Bei der Firma Schmöle u. Co. haben die Keller die Kündigung eingereicht. Zugun von Feilern und Härtlern ist streng fernzuhalten.

**Dortmund.** Der Arbeitsnachweis des Arbeitsgeberverbandes, Moritzstraße 1, ist für sämtliche Verufe gesperrt.

**Dortmund-Ummen.** Die Arbeiter des Stodumer Stahlwerks stehen wegen Akkorddifferenzen und Maßregelung mehrerer Kollegen im Streik.

**Dortmund-Witten.** Ueber die Wittener Stahlformgießerei ist wegen Lohnunterschieden die Sperre verhängt.

**Gewelsberg.** Bei der Gewelsberger Herz- und Ofenfabrik stehen die Emailleler, Brenner und Auftrager wegen Lohnforderungen und Mißständen in Kündigung. Zugun von Emaillelern, Brennern und Aufträgern ist fernzuhalten.

**Siegen.** Die Siegener Stahlrohrwerke G. m. b. H. in Weidenau sind infolge erheblicher Akkordreduzierungen für die Arbeiter aller Verufe gesperrt.

**Siegen.** Ueber die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Verzinkerlei ist die Sperre verhängt.

**Berlin.** Die hiesigen Bauklemper stehen im Streik. **Freiburg i. B.** Hier stehen die Bauhofsarbeiter in einer Tarifbewegung. Zugun ist fernzuhalten.

**Siegen.** Bei der Firma Belper & Cie., Walzendreherei und Gießerei, haben die Walzendreher die Kündigung eingereicht. Zugun von Walzendrehern ist streng fernzuhalten.

**Willingen, (Kreis Nees).** Auf dem Puddel- und Walzwerk Prinz-Leopold-Hütte stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen und Mißständen in Kündigung. Zugun von Puddlern und Walzwerksarbeitern ist fernzuhalten.

**Sildesheim.** Bei der Firma Eduard Althorn, Molkereimaschinen und Gerätefabrik, Kühlanlagen, haben die Klemper und Verzinker infolge Differenzen die Kündigung eingereicht. Zugun ist fernzuhalten.

Zugun ist fernzuhalten.

**Köln-Chrenfeld.** Der Streik auf der Waggonfabrik Herbrand & Co., A. G. ist mit einem Erfolg für die Arbeiter beendet.

### Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 28. Mai 1911 der zweinundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Mai bis 3. Juni 1911 fällig.

Die Ortsgruppe Gebweiler i. E. erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokal-Beitrages von 10 Pf. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

### Adressen.

**Verwaltungsstelle Amberg-Sulzbach.** Das Büro der Ortsverwaltung befindet sich in Amberg, Ziegelstraße D 100. Unterführungen werden ausbezahlt in Sulzbach, Schießstraße 632, Samstags von 9-11 Uhr vormittags. In Rosenberg 2 erg Spechtswand und Unterführungsbezahlung von 1/12 bis 1 Uhr bei Schreyerwau. Reisende Kollegen erhalten ihre Unterführung auf dem Büro. Bürostunden außer Samstags und Sonntags von 8-12 1/2 Uhr, nachmittags von 3-7 Uhr, Samstags von 4-7 Uhr und zwar von 4-6 Unterführungsbezahlung und von 6-7 sonstige geschäftliche Sachen. Kranke und Arbeitslose Kollegen werden ersucht ihrer Meldung, ganz gleich durch wen sie erfolgt, ihren Ausweis und ihr Mitgliedsbuch beizufügen.

# Christlicher Metallarbeiter-Verband Deutschlands.

## Abrechnung der Lokalkassen für das Jahr 1910.

Lau- fende Nr.	Ortsverzeichnis	Schaub am Ort letzter Ab- rechnung		15% resp. 10% der Beiträge		Extra-Beiträge		Sonstige Einnahmen		Gesamt- Einnahmen		An die Bezirks- kasse abgeführt		Für Agitation am Ort		Für Porto und Schreibmaterial		Für Verwaltung		Streit- Unterstützung		Erwerbslosen- Unterstützung		Sonstige Unterstützungen		Wähler- Brochüren Plakate		Beitrag zum Ge- meinschaftsartikel		Sonstige Ausgaben		Gesamtausgaben		Schaub der Lokalkasse		Saldo der Hauptkasse		Lau- fende Nr.				
		M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J	M	J							
1	Aachen	1118	88	5075	91	5593	05	24	74	11812	58	5334	47	371	02	220	89	1128	04			393		678		7	50	590	75	487	80	0422	31	2390	27	1						
2	Aachen	118	01	532	47	304	85	10	70	966	03	571	07	57	70	31	17	46	55							4	10	82	55	802	39	163	64			2						
3	Aachen	201	07	260	85					461	92	173	90	21	45	31		25	55							4	05	24	05	257	85	204	67			3						
4	Aachen	47	42	88	65					186	07	44	33	1	50	17		17								6	10	132	13	3	94					4						
5	Aachen	120	69	95	72	81	10			370	50	58	47	26		19	98	18	70							10	10	12	60	159	75	210	76					5				
6	Aachen	208	05	413	05	177	05			798	15	381	23	47	01	28	73	20								8	10	52	60	562	47	235	68					6				
7	Aachen	195	53	305	83	302	50			866	82	330	76	39		37	55	19	56							7	80	90	35	530	12	336	70					7				
8	Aachen	7	30	47	42	9	90			61	92	23	69	3		3	33	5	66							9	50	3	90	47	97	16	95					8				
9	Aachen	95		280	82	33	10			409	02	140	46	8		8	20	13	90							10	50	20		328	66	60	46						9			
10	Aachen	109	67	320	48	275				908	89	324	43	11		40	10	42								11	80	101		607	89	301							10			
11	Aachen	116	56	59	76	470				76	12	29	68			40	10	42								12	1	180		62	90	13	92							11		
12	Aachen	746	08	989	20	1334	85			3898	50	1034	30	107	25	132	65	283	57							13	1	150		276	01	1022	55							12		
13	Aachen	3	47	19	56					23	03	9	79			14		9	14							14	1													13		
14	Aachen	4	37	54	78					7	56	27	38			1		2	22							15	1														14	
15	Aachen	1514	08	1343	82	1846	50			4807	87	671	90	687	72	358	07	626	17							16	4	25													15	
16	Aachen	09		70	38					79	41	35	17			14		5	40							17	4	25													16	
17	Aachen	7	37	21						25	37	10	50			10		10								18	6	30													17	
18	Aachen	174	17	1571	02	1714	05			3515	74	1071	48	248	76	151	25	470	90							19	6	30													18	
19	Aachen	104	17	109	95					21	12	49	14			66	80	10	42							20	4													19		
20	Aachen	779	40	1307	76	1442	40			3571	11	1090	02	709	20	196	62	183	76							21	5														20	
21	Aachen	45	56	110	20					155	70	55	11			5		23	20							22	7													21		
22	Aachen	24	71	92	25	137	50			257	61	117	99			9		15	27							23	7													22		
23	Aachen	92	12	80	65					44	75	40	26			34	87	47	95							24	8														23	
24	Aachen	164	22	264	70					749	27	127	84			24	70	18	05							25	8														24	
25	Aachen	81	54	124	63					282	27	67	06			10		10	70							26	9														25	
26	Aachen	24	85	41	36					106	51	20	68			10		10	70							27	9														26	
27	Aachen	3	03	68	03					8	10	32	53			36	82									28	9														27	
28	Aachen	4	12	28	11					60	12	28	56			2		3								29	9														28	
29	Aachen	2	79	57	33					32	53	15	22			5		5	80							30	9														29	
30	Aachen	144	40	106	00	106	00			349	40	102	49			15	56									31	12														30	
31	Aachen	8	18	63	30					147	73	31	39			20	19									32	12															31
32	Aachen	36	89	16	63					9	05					2										33	12														32	
33	Aachen	36	89	16	63					9	05					2										34	12														33	
34	Aachen	860	62	6213	44	5693	95			12595	06	6549	37	1468	26	658	51	1269	70						35	12															34	
35	Aachen	30	91	35	55					66	46	23	70			5		5	60							36	12															35
36	Aachen	31	05	47	25					78	30	30	80			10		2	95							37	12														36	
37	Aachen	164	56	338	78					877	32	356	37			52	65									38	12														37	
38	Aachen	7	95	649	68					725	28					279	90									39	12														38	
39	Aachen	39	73	37	50					111	58					37	05									40	12														39	
40	Aachen	5	83	37	47					42	80					5										41	12														40	
41	Aachen	37	70	141	30					60	50	257	50			71										42	12														41	
42	Aachen	72	88	429	47					656	05	219	74			13	19									43	12														42	
43	Aachen	858	14	386	60					1588	90	183	32			6										44	12														43	
44	Aachen	1110	55	2873	31	3120																																				



### Aus dem Verbandsgebiet.

**Amberg.** Vor einiger Zeit ist noch einmal über die Lage der staatlichen Berg- und Hüttenarbeiter in Bayern berichtet worden; diesmal wollen wir uns einmal in besonderer mit der Lage der Amberger Hüttenarbeiter befassen. Wie steht es da zunächst mit den Löhnen? Ein Arbeiter erhält mit 20 Jahren einen Tageslohn von 2,70 Mk., mit 25 Jahren 2,85 Mk. und mit 30 Jahren 3.— Mk. Also eine Lohnsteigerung von 15 Pfg. pro Tag von 5 zu 6 Jahren. Bei älteren Arbeitern sinkt der Lohn dann wieder unter den Satz, der ihnen zufließt. Auch sind die Vorgesetzten nicht an diesen Satz gebunden. Manche Arbeiter müssen drei- bis viermal zum Ingenieur laufen, um 5 oder 10 Pfg. Tageslohn, den man ihnen abhält, wieder zu bekommen. Bei Akkordarbeit wird der Tageslohn nicht garantiert, und es kommt vor, daß Leute schon mal mit 90 Pfg. Akkordbescheid nach Hause gehen müssen; sie können eben sehen, wie sie den Schaden bei anderer Gelegenheit so gut oder so schlecht es eben gehen will, wieder wett machen. Durch diese unhaltbaren Lohnverhältnisse wird der Betrieb zum reißenden Taubenflügel. Die jungen und kräftigen Arbeiter kommen und gehen bald wieder weiter; aber die älteren Arbeiter sind gezwungen, auszuhalten. Es ist aber auch weiter nicht wunderbar, daß die jungen Leute — und die älteren nicht minder — bei derartig erbärmlichen Löhnen Lust und Liebe zur Arbeit in dieser Hütte verlieren, denn bezüglich der Lebensmittelpreise steht Amberg an zweithöchster Stelle in Bayern. Wenn man die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten zu einem Vergleich heranzieht, so steht Amberg in dieser Hinsicht nicht viel hinter den Städten des rheinisch-westfälischen Industriebezirks zurück — und doch der ungeheure Unterschied in der Lohnhöhe. Die älteren Arbeiter sind eben sozusagen auf das Werk angewiesen, sie können sehen, wie sie auskommen. Selbst die Frauen müssen unter diesen traurigen Verhältnissen mit hinaus auf Erwerb des zum Leben Notwendigsten.

Aber auch das Lohnzahlungssystem der Amberger Hütte paßt trefflich in den Rahmen des Ganzen. Nehmen wir an, ein Arbeiter tritt dort am 1. April ein; am 7. darf er sich dann Vorlohn holen, ebenso am 28., d. h. wenn er sich nicht feiert, zuerst vorchristlichmäßig Vorlohn zu beantragen. Am 13. Mai endlich, nachdem er zuvor vielleicht schon wieder „Schuß“ für den Monat Mai beantragt hatte, ist die Hauptzahlung für den Monat April. Welche Umständenlichkeit und welche Arbeit! Dazu dann noch, wie bereits in einem vorigen Artikel unseres Organs erwähnt, auf sieben Arbeiter ein Beamter. Bei einemmaßen gutem Willen ließe sich also doch wohl auch in dieser Hinsicht eine zeitgemäße Verenderung sehr leicht durchzuführen. Am 1. des Monats ist die Miete und sonst so manches fällig, woher soll der Arbeiter aber das Geld nehmen, wenn er auf den verdienten Lohn bis zur Hälfte des folgenden Monats warten muß. Wenn es großen Wert mit Tausenden von Arbeitern möglich ist, schon in den ersten Tagen nach Monatschluß oder sogar wöchentlich auszuzahlen, so muß das auch auf einem Staatsbetriebe möglich sein. Ganz ungeheuerlich aber erscheint uns das Verzicht, daß man sich mit dem Plan trägt, die Hauptzahlung gar bis auf den 15. hinaus zu schieben.

Und nun der „munde“ Punkt: Behandlung. Der absolute „Herr im Hause“ ist im Hinblick auf die Privatbetriebe ja zu einer gewissen Verühmtheit geworden. Dort heißt's: Wenn nicht paßt, der kann gehen. Und von den alten Deuten heißt es: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, — er kann auch gehen. Demgegenüber taten und tun sich staatliche Musterbetriebe viel zu gute mit der gesicherten Existenz, die sie den Arbeitern böten. Auf der Amberger Hütte aber ist die Behandlung der alten Arbeiter auch gerade dazu angetan, um sich ihrer nach Möglichkeit zu entledigen. Da ist z. B. ein alter, erfahrener Schmelzer; 25 Jahre hat er auf dem Werke von der Pike auf gedient, davon 13 Jahre als zweiter Mann und schon seit 5 Jahren als Vorwärmer am Hochofen. Herr Ingenieur will es nicht. Da aber der Vorwärmer einen Schaden befürchtet, tut er's auf eigene Verantwortung; dafür muß der alte Praktiker sich dann später von dem jungen Herrn Theoretiker als Nachträchtige beschimpfen lassen. Ein anderer Fall. Der Herr Bergmeister knüpft bei Gelegenheit mit einem Arbeiterauschussmitglied ein Gespräch über eine von den Arbeitern vor Kurzem abgelehnte Akkordarbeit an. (Der betr. Akkord wurde abgelehnt, weil die Arbeiter dabei nicht auf ihren Tageslohn kommen konnten.) Der Herr Bergmeister drohte, die Akkordarbeit müsse wieder eingeführt werden, und wenn halt die alten Arbeiter nicht mehr ziehen wollten, dann müßten sie eben durch junge Kräfte ersetzt werden. Also: „... der Mohr kann gehen!“

Es rächt sich jetzt bitter, daß manche der älteren Arbeiter der Organisation solange gleichgültig gegenüber gestanden haben, ja, ihr des öfteren noch nach Kräften alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt haben. Da gilt das Wort: Jeder schläft, wie er sich bettet!

Noch so manches hätten wir an dieser Stelle zu erwähnen, woran es fehlt. Doch davon später einmal. Für heute nur wieder die erneute Mahnung: Kollegen, baut eure Organisation aus, holt auch die Fernstehenden heran zur tätigen Mitarbeit im christlichen Metallarbeiterverband. Noch Hunderte stehen auch hier in Amberg abseits, die mitkämpfen, mitopfern müssen, um endlich einmal aus den unhaltbaren Zuständen herauszukommen. Nicht mit radikalen Redensarten werden wir vorwärts kommen, sondern durch einmütige, zähe, wohlüberlegte gewerkschaftliche Arbeit, wie sie im christlichen Metallarbeiterverband seit jeher mit Erfolg betrieben wurde. Also angefaßt! fröhlich aus Werk, dann werden in unserer schönen Oberpfalz in absehbarer Zeit auch für uns Arbeiter wieder bessere Tage kommen.

**Worzhaim-Erfinden.** Der Schwindel des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes im Rechte der Wahrheit, so lautet das Thema, über das Bezirksleiter, Kollege Kuhn, am 7. Mai in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung in Erzingen sprach. Der unglückliche Streik der Kettenmacher mit der nachfolgenden Ausperrung hat beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband eine gewaltige Mitgliederzahl erzeugt. Die vom christlichen Metallarbeiterverband über den Streik verbreiteten Flugblätter brachten die blamierbaren Führer sehr in Harnisch. Aufhinabend fielen sie über die bösen Christen her. In einer am 2. April stattgefundenen öffentlichen Versammlung in Erzingen sollte „fürchterliche Abrechnung mit den Christen“ gehalten werden. Die Bezirksleitung des christlichen Metallarbeiterverbandes wurde brieflich dazu eingeladen, um mit dieser Einladung, die durch Inserate und Plakate bekannt gegeben wurde, eine gut besuchte Versammlung zustande zu bringen. Der mit der Ein-

ladung „besetzte“ Bezirksleiter bebaute sich für die Ehre, als Zugstreck für eine sozialdemokratische Versammlung bestift zu werden und blieb fern. Nachdem sich die Herren Genossenführer nun „unter sich“ fühlten, konnten sie sich um so mehr austoben. „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.“ Dieses wußte schon millionenmal angewandte Bait mußte auch hier wieder herhalten, um die anwesenden 25 Genossen über die schmähliche Lüge parole und anderen Manipulationen anlässlich des Worzhaimer Streiks hinwegzuführen. In einer Versammlung in Durlach soll dem Kollegen Kuhn das Wort entzogen worden sein, weil er der „Wahrheit die Ehre nicht geben wollte“. — In der „Fr. Presse“ wurde ihm vorgeworfen, er habe den ausgesperrten christlich organisierten Vorarbeitern und Arbeiterinnen 10 Mark wöchentliche Unterstützung versprochen und nicht gehalten; desgleichen soll er versprochen haben, daß nach dem Streik noch 6 Tage lang Unterstützung bezahlt würde. Die Jahresabrechnung des christlichen Metallarbeiterverbandes sei irreführend und unvollständig.

Alle diese Behauptungen wurden von Kollegen Kuhn auf ihren wahren Wert zurückgeführt. Unbarmerzig wurden die unantastbaren Manipulationen eines Vorhölzer während des Worzhaimer Streiks enthüllt. Zu der Behauptung über die Durlacher Versammlung führte Redner aus, daß der unermüht bekante Vorhölzer die diesbezüglichen Beschuldigungen gegen Kuhn vor dem Amtsrichter in Durlach zurücknehmen und die entstandenen Kosten übernehmen mußte. Herr Hamann, der Bevollmächtigte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Worzhaim, bestätigte vor dem Amtsrichter in Worzhaim, daß der sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte Höppler den Vertrauensmann Schloßer vom Deutschen Metallarbeiterverband auf das Büro des christlichen Metallarbeiterverbandes geschickt hat, um zu versuchen, ob ihm dort Streikunterstützung bezahlt wird, obwohl er mit den Beiträgen im Rückstande ist. Damit ist bewiesen, daß die Ausführungen Kuhn's in Durlach durchweg auf Wahrheit beruhen. Wie dieser, so ging es auch der anderen Behauptung, daß die Abrechnung des christlichen Metallarbeiterverbandes nicht stimmt. Redner wies nach, daß Vorhölzer in seinem Flugblatt direkte Fälschungen verbreitet hat, um eine hohe Durchschnitzziffer für Verwaltungsausgaben herauszubringen. Ein kleiner Druckfehler in der Abrechnung Mithelfenden mußte ihm dazu dienen, die Fälschung glaubwürdig zu machen. Eine um die andere Behauptung sozialdemokratischerseits wurde so als Lüge und Schwindel gebrandmarkt.

In der Diskussion mißten sich deshalb drei Beamte des sozialdemokratischen Verbandes ab, den Eindruck, den die Ausführungen des Referenten erweckten, zu verwischen. Herr Hamann langweilte die Versammlung fast 1 1/2 Stunden lang mit einem umfangreichen Zahlenmaterial. Wieviel mag wohl von den Tausenden, Zehntausenden und Hunderttausenden in den Köpfen der Anwesenden haften geblieben sein? Es war wirklich eine Wohltat, als Hamann von seinem Genossen Kluge abgelöst wurde. Dieser wirkte mit seinen komischen Ausführungen sehr erheitend, besonders als er den Nachweis führte, daß ein Vater namens Pietro (soll wohl Pietro heißen. D. G.) und noch ein anderer mit ihm bei einem „Baast“, der entweder Leo oder Pius heißen hat, sich die Erlaubnis holten, die „Katholischen Zentrumsgewerkschaften“ gründen zu dürfen. Die lustige Stimmung der Versammlung aber gefiel ihm offenbar nicht, worauf er wieder ein anderes Register zog und über die „Häffen“ loszog, worauf ein Sturm der Entrüstung durch die Versammlung ging. Nachdem auch der dritte sozialdemokratische Redner, dem anscheinend die beiden Vorredner den Stoff weggenommen haben, sein Sprüchlein gesagt hatte, sprach noch einmal Kollege Kuhn zur Widerlegung der generischen Behauptungen. Seine Ausführungen scheinen den Genossen sehr wider den Strich gegangen zu sein, denn die tumultuarischen Auftritte häuften sich demmaßen, daß der nachfolgende Redner überhaupt nicht mehr zum Wort kommen konnte, weshalb um Mitternacht wegen zu großen Skandals die Versammlung geschlossen wurde. Das wahre Gesicht der sozialdemokratischen Gewerkschaften haben die Arbeiter vor Erzingen durch die Versammlung kennen gelernt. Die christlich gesinnten Arbeiter müssen nun, daß ihr Platz nur im christlichen Metallarbeiterverband sein kann.

**Stiertrade.** (Gewerbegerichtswahl.) Wenngleich auch in unserem Organ nicht über alle sozialen Wahlen eingehend berichtet werden kann, so dürfte es sich doch verlohnen, die Vorgänge bei der hiesigen Gewerbegerichtswahl zu registrieren. Die Wahl wurde am 27. April getätigt. Von den rund 4000 wahlberechtigten Arbeitern erschienen nur 537 zur Wahl. Kandidaten nominiert hatten einerseits die christlichen Gewerkschaften im Verein mit den konfessionellen Arbeitervereinen und andererseits die S.-D. Gewerbevereine; die Sozialdemokraten hatten wegen ihrer Bedeutungslosigkeit von einer Beteiligung an der Wahl Abstand genommen. Zu wählen waren 8 Arbeiternehmerbeisitzer. Das Ergebnis der Wahl war folgendes: Auf die Kandidaten der vereinigten christlichen Arbeiter entfielen 3255 Stimmen; auf die der S.-D. 1041 Stimmen; erstere erhielten 6, letztere 2 Beisitzerstellen.

Ganz eigenartige Manipulationen haben die S.-D. aber anzuwenden müssen, um dieses Resultat zu erzielen. Auf die am hiesigen Gewerbegericht geltende Verhältniswahl mit freien Listen hatten die S.-D. ihren Plan aufgegeben. Schon der Stimmzettel der S.-D. war für hier ein Novum; unter den Namen der Kandidaten waren noch 4 Linien angebracht. Bei der Auszählung der Stimmen ergab sich dann, daß auf den S.-D. Stimmzetteln in ausgedehntestem Maße Streichungen vorgenommen worden waren und zwar waren vorwiegend die letzten 6 Kandidaten gestrichen. Nur 74 Stimmzettel der S.-D. wiesen keine Streichungen auf, während auf 98 Stimmzetteln, wohl von den instruierten Mitgliedern stammend, die oben beschriebenen Streichungen vorgenommen worden waren. Nur durch die Anwendung von Mehrstimmen durch diese Manipulation brachten es die Höchstbestimmten der S.-D. Liste auf 279 bzw. auf 247 Stimmen. Für die christliche Liste wurden ohne jede Streichung 365 Stimmzettel abgegeben; nur einige wenige haben sich von Streichungen nicht enthalten können. Der Höchstbestimmte Kandidat der christlichen Liste erhielt 428, der niedrigstbestimmte 396 Stimmen. Zu bedauern ist die beschämend geringe Beteiligung der christlichen Arbeiter an dieser Wahl. Nicht einmal 400 haben von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Da hätte ein ganz anderes Resultat erzielt werden müssen, besonders wenn man bedenkt, daß hier die lästige und umständliche Anmeldung zur Wählerliste nicht erforderlich und jeder Arbeiter zur Wahl zugelassen wurde, der sich durch Bescheinigung des Arbeitgeber oder der Polizeibehörde als wahlberechtigt ausweisen konnte.

Mögen die christlichen Arbeiter aus dieser Wahl lernen und ihre Organisation weiter ausbauen und ausbauen, dann werden die folgenden sozialen Wahlen für sie ganz andere Resultate zeitigen. Also, an die Arbeit!

**Zhw. Gmünd.** Den hiesigen Metallgenossen juckt's wieder einmal. Mangels andern Stoffes greifen sie zu dem bei den Sozialdemokraten so beliebten Mittel der Verleumdung und Entstellung. Unter dem geschmackvollen Titel „die reinste Kapuzinerbettelei“, gerät ein Strichfag in der Metallarbeiterzeitung ein anonymes Schriftstück ans Tageslicht um zu beweisen, daß die Christlichen „Mitgliederbettelei“ betrieben. Die Behauptung, dieses Zirkular würde zur Zeit vertrieben, ist eine solche wider besseres Wissen. Weber der Verwaltung noch sonst einem Vertrauensmann ist ein solches Zirkular bekannt, noch ist es von uns verächtet worden.

Außerdem ist das eine zu sagen: gefittete Leute stoßen sich nicht an anonymen Schreiben, sondern lassen diese in den Papierkorb wandern. Zu diesen anständigen Deuten rechnen sich die hiesigen Genossen nicht, sonst könnten sie nicht Vorübergehende auf der Straße oder von einer bestimmten Wirtenschaft aus in der gemeinsten Weise anpöbeln, wie das schon einigemal gegenüber dem Kollegen Kolloskath geschah. Um nun aber doch den Genossen zeigen zu können, daß die „Christen in Gmünd“ Mitglieder bettelei, macht der Mann der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung eine Statistik auf, wonach die Verwaltungsstelle Gmünd im Jahre 1910 5040,49 M. weniger eingenommen habe, als im Jahre 1909. Infolgedessen sei die Mitgliederzahl um das zurückgegangen. Diese Rechnung hat jedoch ein großes Loch, weil drei Sektionen, die nach im Jahre 1909 mit Gmünd abrechneten, ab 1. Januar 1910 sich selbständig machten oder sich einer anderen, näherliegenden Ortsgruppe angeschlossen haben. Mit dem gewaltigen Mitgliederverlust der „Gmünder Christen“ — der bei den württembergischen Genossen so „verruhenen Gesellschaft“ — ist es also mal wieder nichts! Wir danken!

Wenn aber die Genossen durchaus Zahlen sprechen lassen wollen, so mögen sie zunächst einmal bei sich nach dem Rechten sehen. Am 1. Januar 1907 zählte die hiesige rote Verwaltungsstelle 1586 Mitglieder; diese Zahl stieg noch infolge des Anschlusses der Graveure auf über 1700 und fiel alsdann wieder auf 981. Am 31. Dezember 1910 soll diese 1206 betragen haben; damit stimmen aber die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen, wenn wir den Maßstab des roten Rechenrührers „Spartacus“ der Metallarbeiterzeitung daran anlegen wollten, durchaus nicht überein.

Die Nervosität der roten Verbandsleitung uns gegenüber ist jedoch erklärlich. Da ist zunächst die von uns ins Rollen gebrachte Frage der kommunalen Arbeitslosenversicherung. Auf unser Verlangen hin wurde die Frage vom Gemeinderat in Angriff genommen und tritt diese Arbeitslosenversicherung schon ab 1. Juli d. Js. in Kraft. Die Genossen sind an diesem sozialen Fortschritt so ungeschickig wie ein neugeborenes Kind. Selbst von ihren eigenen Anhängern wurde es den Obergewissen verdacht, daß sie vor lauter Christenverfolgung die praktische Arbeit vergaßen und mit ihrer „Statistik“ reichlich ein Jahr hinter den Christlichen einherhumpelten — und diese glücklicherweise nicht den bürgerlichen Kollegen zur Einsichtnahme vorgelegt werden konnte, als die Sache bereits perfekt war. Freilich suchte man diese Blöße durch eine Reihe von Uebertrumpfungsvorschlägen während der Beratung zu verdecken — aber diesen kann man in der Arbeiterzeitung auch schon zur Genüge; nur ganz polizeiwidrig Dunne finden sich heute noch demogen, darauf zu kriechen.

Es gelingt nichts mehr — und das ist's eben, was den Obergewissen das Blut in Wallung bringt. Und in dieser Gemütsverfassung schreit man im Genossenlager selbst vor Denunziantenstückchen gemeinsten Kalibers nicht mehr zurück, wenn es gegen die Christen geht. Von unserem Vorstandsmittglied B. behauptete die sozialdemokratische Zeitung des hiesigen Wahlkreises, er verstoße gegen die Vereinbarungen vom Jahre 1906, indem er nach Feierabend bei einem anderen Arbeitgeber arbeite. Die Nummer des Blattes mit der fraglichen Notiz sandte man an die Firma, bei der B. beschäftigt ist, zu keinem andern Zweck, als besserer Entlassung herbeizuführen. Der betreffende Arbeitgeber bemerkte jedoch, nach Aufklärung des Sachverhalts, er sehe hier keinen Verstoß gegen die damaligen Vereinbarungen; er wünsche nur, daß B. sich den ihm obliegenden Pflichten unterziehe. Also auch dieser B. . . . freisch gelang da oben!

Kurzzeit machen die Genossen auch hier in Protestrummel gegen die Reichsversicherungordnung. Auch der neutral sein wollende württembergische Krankentassenverband wurde vor den Protestkaren der Genossen eingepaßt. Die Sache war so genial ausgeheckt, so schön eingedebelt — da fährt den Genossen wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Erklärung der Gmünder Ortskrankenkasse in die Parade. Die roten Machinationen unter neutralen Mantel wurden von der Gmünder Kasse, die als eine der bestbestelltesten gilt und von christlich organisierten Kollegen verwaltet wird, rüchichtslos aufgedeckt. Der ganze Protest war verpufft, die Protestveranstaltungen miserabel besetzt. — Es ist also verständlich, daß die hiesigen Obergewissen auf die Gmünder Christen schlecht zu sprechen sind; von allen Seiten gib's Rafen und Miffel, daß in Gmünd noch immer die „Christen“ herrschen. Unsere Kollegen aber werden durch unermüdbare Aufklärungsarbeit und Agitation für den christlichen Metallarbeiterverband dafür sorgen, daß uns Gmünd, diese von den Genossen so umworbene Position, auch in Zukunft erhalten bleibt.

**Emmerich.** „Der Verband hat hier gar keinen Zweck, wir können doch nichts machen wegen der nahen Grenze.“ Mit solchen und ähnlichen Ausbrüchen suchen sich in den Grenzorten die Unorganisierten noch intimer an der Organisation vorbeizubrüden. Der Individualismus ist ja nie verlegen, um sein egoistisches und unsolidarisches Verhalten zu rechtfertigen. Über schon im Jahre 1906 hat der christliche Metallarbeiterverband auf der Emmericher Maschinenfabrik und Eisengießerei gezeitigt, daß, wenn die Kollegen zusammen halten, auch in den Grenzorten etwas zu erreichen ist. Ebenso hat es sich gezeigt, daß das Errungene schnell wieder verloren geht, wenn die Arbeiter ohne Organisation auszukommen glauben. Im März d. J. wurden von uns in Gemeinschaft mit dem deutschen Metallarbeiterverband Forderungen der Formen- und Gießereiarbeiter bei der Niederrheinischen Maschinenfabrik und Eisengießerei eingereicht. Es schien schon, als sollte es zum Kampfe kommen, denn trotz mehrfacher Erinnerungsschreiben wartete man vergebens auf eine Antwort der Firma und reichte deshalb sämtliche Formen am 24. April die Kündigung ein. Am 3. Mai wurde der Firma nochmals die Verhandlung mit den Organisationen angetragen; am Samstag den 6. war die Kündigung abgelaufen und am Montag den 8. Mai schon kam es zu einer Einigung mit der Firma. Erzielt wurden für die Formen eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde für das Jahr 1911 und eine

Verammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

- Ahlen i. W. Sonntag den 28. Mai vormittags 11 Uhr außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Referent: Bezirksleiter Kollege Dietrich.
Augsburg. Wegen der Großstadtfeyer wird unsere Versammlung vom 20. auf den 27. Mai verlegt.
Barmen Samstag, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr bei Sindermann, Oberbörnerstr. 69 Mitglieder-Versammlung. Bericht über die Bezirkskonferenz in Köln.
Bochum I. Sonntag den 28. Mai abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Wilmes (am Kloster) Klosterstraße.
Bremerhaven. Samstag den 3. Juni abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Vortrag über die Reichsversicherungsordnung.
Duisburg-Ordnungsverwaltung. Die Geschäftsstelle befindet sich Heerstraße 178, Telefon 2573. Dortselbst werden sämtliche Unterstellungen ausgeführt.
Düsseldorf-Oberbill. Sonntag, den 28. Mai, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Kader, Köhnerstraße.
Düsseldorf-Rath. Sonntag, den 28. Mai, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Schulze, Münsterstraße.
Düsseldorf-Ratingen. Samstag den 27. Mai abends 9 Uhr Versammlung bei Paul, Wahnstraße.
Ehren. Sonntag den 28. Mai vormittags 11 Uhr wichtige Versammlung bei Gohr in Mülldorf.
Dortmund-Dortfeld. Samstag, den 27. Mai, abends 8 Uhr Versammlung bei Sturm.
Dortmund-Lilien. Laut Beschluß der letzten Versammlung werden jetzt die Versammlungen nicht mehr monatlich einmal, sondern zweimal abgehalten und zwar abwechselnd in der Wirtschaft Müllmann und Kröner. Die nächste Versammlung findet am Sonntag den 28. Mai, vormittags 11 Uhr bei Kröner statt.
Eisenach. Samstag den 3. Juni abends 8 1/2 Uhr in der Clemens-Eisen-Alteneisen-Nord. Samstag, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr bei Böhmert Mitglieder-Versammlung mit Vortrag.
Eisen-Reiniger. Samstag, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftsraum, Frohnhauserstraße 19 Mitglieder-Versammlung mit Vortrag.
Eisen-Formen. Sonntag, den 28. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr im Altknechtshaus, Frohnhauserstr. 19 Branchen-Versammlung der Formen. Zu dieser Versammlung muß jeder Christ organisierte Formen erscheinen.
Eisen-Berge-Worbeck. Sonntag, den 28. Mai, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Westhoff, Hochstr.
Eisen-Carnap. Sonntag, den 28. Mai, nachm. 5 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Hopp.
Eisen-Kettwig. Sonntag, den 28. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Buchmüller.
Gladbeck. Sonntag, den 28. Mai, nachm. 4 Uhr bei Kortpot (Christliches Gewerkschaftshaus).
Gelsenkirchen-Heckendorf. Sonntag den 28. Mai vormittags 11 Uhr bei Brel.
Glinningfeld. Samstag den 27. Mai abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Dahrenrecht.
Hattingen. Samstag den 27. Mai abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Damer.
Hamm-Stadt. Sonntag den 28. Mai vormittags 11 1/2 Uhr Versammlung bei Seiffeld.
Hamm-Süden. Sonntag den 28. Mai vormittags 11 1/2 Uhr Versammlung bei Karbe.
Hamm-Süd. Sonntag, den 28. Mai, abends 6 1/2 Uhr bei Dörm.
Ingolstadt. Samstag den 27. Mai abends 8 Uhr im Kathol. Vereinshaus. Referent: Kollege Schmidner. Thema: „Die Sozialdemokratie im Lichte der Tatsachen“.
Köln-Ehrenfeld. Samstag den 3. Juni, Versammlung bei Kornbörker.
Köln-Denz. Unsere Mitglieder-Versammlung findet am 28. Mai statt.
Köln-Kalk. Samstag den 3. Juni abends 9 Uhr Versammlung.
Köln-Sauboldstr. Samstag den 27. Mai abends 8 1/2 Uhr Versammlung.
Köln-Schnellweide. Sonntag den 28. Mai morgens 11 Uhr bei Groß Versammlung.
Köln-Rath-Deumar. Sonntag den 28. Mai mittags 1 Uhr bei Klein Versammlung mit Vortrag.
Köln-Wülheim. Dienstag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Lokal Rehholz. Bericht von der Bezirkskonferenz. Lokaltraue. Kein Kollege darf fehlen.
Karlruhe. Samstag, den 27. Mai, abends 1/9 Uhr Mitglieder-Versammlung im Palmgarten, Herrenstr. 24 a.
Krefeld. Jeden Freitag abend von 1/9 bis 1/10 10 Uhr Geschäfts-Runde unten in der Reichshalle.
Krefeld-Elektromonteur. Samstag, den 27. Mai abends 9 Uhr Versammlung in der Union.
Krefeld (Zugendsektion). Sonntag den 28. Mai 11 Uhr Versammlung oben in der Reichshalle.
Krefeld. Sonntag den 4. Juni 11 Uhr Versammlung oben in der Reichshalle. Bericht von der Bezirkskonferenz.
Langendreer-Werne. Sonntag, den 28. Mai, vorm. 11 1/2 Uhr Versammlung bei Fabrikus in Werne.
Ludwigshurg. Jeden 4. Samstag im Monat, abends 1/9 Uhr Versammlung bei Weinmann.
Lützenfeld. Sonntag den 28. Mai Ausflug nach Halver. Treffpunkt Kaiser-Wilhelm-Denkmal.
Milspe-Heilenbeck. Sonntag, den 28. Mai, morgens 11 Uhr Versammlung bei Herrn Fr. Wieling. Tagesordnung: Vorstandsbau, Vortrag und Bericht des. Die Kollegen der Heilenbecker, Deterbergs, Koll, Fuchers, Harbstraße, sowie von Dellingshausen, Berninshausen, Homberge und Umgegend werden zu dieser Versammlung bringend eingeladen.
Millingen. Sonntag, den 28. Mai morgens 11 Uhr, geschlossene Mitglieder-Versammlung bei Witwe Lamerz. Mitgliederbuch legitimiert.
Neustadt (Harz). Sonntag, den 28. Mai, vorm. 11 Uhr Versammlung in der Schillerhalle. Bericht von der Bezirkskonferenz.
Oberhausen Ordnungsverwaltung. Sonntag den 11. Juni nachm. 4 Uhr General-Versammlung bei Remmerling, Ecke König- und Doppelfstr. Die Anwesenden können an diesem Tage keine Versammlung abhalten.
Necklinghausen. Sonntag den 28. Mai Versammlung mit Frauen bei Wallenbauer.
Siegburg. Sonntag, den 28. Mai, morgens 10 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokal Minoriten. Bericht über die Bezirkskonferenz in Köln. Alle erscheinen.
Thale a. S. Sonntag den 28. Mai nachm. 3 Uhr Versammlung mit Vortrag im braunen Tisch. Organisierte Mitglieder.
Weibern. Samstag, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr bei Fehlinger, Kirchh. Mitglieder-Versammlung. Bericht über die Bezirkskonferenz in Köln.

2. wurde Groß nachgewiesen, daß er seine Genossen zum Streikbruch aufgefordert habe;
3. mußte sich Groß den Nachweis erbringen lassen, daß er den Streikenden bei der Firma Schulz schmächtig in den Rücken gefallen ist und wortbrüchig wurde. Groß hatte nämlich am 28. April in einem Telefongespräch und in einer Versammlung der Streikenden wörtlich erklärt: „Der Streik geht verloren... Wir als Deutscher Metallarbeiterverband haben keine Forderungen an die Firma Schulz gestellt... auch keinen Streik beschlossen... uns geht der Streik nichts an, ich werde mich nicht um denselben kümmern. Wir überlassen den Christlichen die Verantwortung...“
Trotzdem Groß diese Erklärungen abgegeben hatte, verhandelte er schon am folgenden Morgen mit der Firma Schulz und hielt sogar im Betriebe von Schulz mit den nichtstreikenden Arbeitern eine Besprechung ab.
Diese sachlichen, mit erdrückendem Beweismaterial belegten Feststellungen des Kollegen Wäcker konnte Groß in dieser Versammlung, im Beisein der von ihm hintergangenen Arbeiter, nicht abstreiten noch widerlegen. Er nahm zwar das Wort, aber nicht, um das zu beweisen, was er über diese Bewegung zu seiner Rechtfertigung in der roten Presse behauptet, sondern um seinen wahren Charakter in seiner ganzen Blöße zu zeigen. Er „erklärte“ da wörtlich: „Wäcker, Sie sind ein ganz gemeiner Lügner und Schwindler... Wären nicht so viele Leute hier anwesend, dann würde ich Sie, Lausbub, links und rechts um die Ohren schlagen... Gestalt, halten Sie doch Ihre Schnauze...“
Nach dieser niederträchtigen Schimpferei - verschwand Herr Groß, nachdem ihm Kollege Wäcker noch kurz die durch diese rohen Ausfälle bedingte Geistesamut vorgehalten hatte.
Wenn die Genossen solche Führer als „Erzieher“ auf die Arbeiter loslassen, kann man sich über den zunehmenden Fanatismus der sozialdemokratischen Massen gegen andere gewinnende Arbeiter nicht wundern; die Häufung der roten Terrorismustakte findet da eine hinreichende Erklärung. Es ist wirklich hohe Zeit, dem Treiben solcher Gesellen eine entschiedene Barock zu bieten. Hohe Zeit ist es in der Tat, daß die christlich und national gesinnte Metallarbeiter-Vereinigung im christlichen Metallarbeiterverband zu einer mächtigen Organisation zusammenschließt, um - nicht zuletzt auch den arbeiterverräterischen Männen solcher Parteien entgegen - die wirtschaftlichen Interessen ihres Standes wirksam zu schützen und zu fördern.

Soziales.

Gewerkschaften und Arbeitslosen-Versicherung.

In Schwäbisch-Gmünd (Württemberg) haben unsere Verbandskollegen eine Eingabe um Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherung an die bürgerlichen Kollegien gerichtet. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß die Arbeiter, die unverschuldeterweise beschäftigungslos werden oder aussetzen müssen, der Fürsorge dringend bedürfen. Bis hier haben die Kosten der Arbeitslosenunterstützung ausschließlich die Gewerkschaften getragen. Es wäre nicht mehr als recht und billig, wenn auch die Allgemeinheit an diesen Kosten mitbeteiligt würde.
Auf Grund dieser Eingabe beschloßen die bürgerlichen Kollegien, in den kommenden Etat für Zwecke der Arbeitslosenversicherung 1000 Mark einzustellen und zur Veranlagung der Unterstüßungseinrichtung eine besondere Kommission einzusetzen, zu der auch Vertreter der Gewerkschaften hinzugezogen werden sollen. Zur teilweisen Deckung des bewilligten Betrages will die Stadt um einen Staatszuschuß einkommen. Oberbürgermeister Wöhler legte den Kollegien einen Satzungsentwurf vor, der eine von der Stadt errichtete und geleitete Versicherungskasse mit freiwilligen, beitragspflichtigen und bezugsberechtigten Mitgliedern vorsieht, jodann eine Zuschußkasse, an der einmal die Mitglieder der Versicherungskasse, dann aber auch die Mitglieder der Arbeitslosenunterstützung gewährenden Gewerkschaften teilnehmen sollen.

Briefkasten.

An Mehrere: Eine Anzahl Berichte aus dem Verbandsgebiet mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden. Wegen des Pfingstfestes ist Redaktionschluss für die Nr. 23 bereits am Freitag, den 2. Juni abends; Versammlungskalenderzusendungen können bis zum 3. mittags berücksichtigt werden.
Kollegen A. E. Rath und F. R. Lindenthal. Eure Eingaben mußten noch in letzter Stunde einem eiligeren Artikel Platz machen und für Nr. 23 zurückgestellt werden. Besten Gruß.
Kollege Alex S. St. Du hast recht: bei dem Elabotat „Gewerkschaftsdriften und Scharmacher“ in Nr. 20 der „Metallarbeiterzeitung“ handelt es sich um ein Erzeugnis des roten Pressebüros in Düsseldorf. Wir haben das Nachwerk, welches wir schon vor Wochen in der „Rheinischen Zeitung“ fanden, am Schluß der „Ausblick“ in Nr. 18 hinreichend gekennzeichnet. Arbeit den Demagogen im Bedarfsfalle den Varenfallartikel in Nr. 5 der „Metallarbeiterzeitung“ unter die Nase, der den Solinger Scharmacher so gefallen hat, daß ihr „Ober“ die betz Nr. der „Metallarbeiterzeitung“ in 200 Exemplaren bezog. Diese Leute sind also bereits auf einer Stufe angelangt, daß die Scharmacher sich für solche Artikel selbst die Druckkosten sparen können. Nachts gut! Besten Gruß!

weitere Stundenlohn-erhöhung von 2 Pfg. für das Jahr 1912. Desgleichen erhalten die Hilfsarbeiter eine Stundenlohn-erhöhung von 2 Pfg. für 1911. Ueberstundenarbeit bis 9 1/2 Uhr abends wird mit 25%, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50% Zuschlag vergütet. Samstags ist eine Stunde früher Feierabend. - Gewiß annehmbarer Erfolge.
Nun aber ist es an den Kollegen, durch Ausbau und Stärkung der Organisation das Erreungene auch zu bewahren. Ferner gilt es nun, durch eifrig gewerkschaftliche Schulung dafür zu sorgen, daß die Einigkeit und Geflossenheit hochgehalten werden. Das ist zu erreichen durch das Studium des Verbandsorgans und den regelmäßigen Besuch der Versammlungen. Die unserer Organisation noch fernstehenden Arbeiter der Emmericher Maschinenfabrik aber müßen an diesem Erfolge sehen, daß sie mit Missionieren und Schimpfen die Verhältnisse nicht bessern können. Nur der Anschluß an die Organisation und tatkräftiges Mitarbeiten innerhalb derselben wird auch für sie Erfolge zeitigen können. Es ist zu dumm, wenn einige von diesen Kollegen verlangen, die Organisierten müßten nun auch für sie die Kassen aus dem Feuer holen. Nein, sie selbst sollen nur beherzt mitarbeiten in der Organisation. Die Einsichtigen müßen den Anfang machen und eintreten, die Jagdsten, die Saumfellen werden schon folgen. Bedenkendes kann noch für die Arbeiter Emmerichs erreicht werden. Die Gleichgültigkeit der Kollegen gegenüber der Organisation hat sich schwer gerächt. Eine ganze Reihe von Verschlechterungen sind eingetreten, die wieder wettgemacht werden müssen. Deshalb, Kollegen von Emmerich, aufgerafft! schließt Euch zusammen zu erfolgreicher gewerkschaftlicher Arbeit im christlichen Metallarbeiterverband! Denn mit vereinter Kraft man Großes schafft!

Düsseldorf. (Die Genossen vor dem Spiegel) Vor einiger Zeit berichteten wir über das terroristische Verhalten der hiesigen Metallgenossen. U. a. berichteten wir da, daß unsere „Herren Kollegen“ von der roten Fakultät es bei der Firma Benz und Zimmermann ausgezeichnet verstanden, durch „dementsprechende kollegiale Behandlung“ jeden Andersdenkenden zu bezähren und ihn zum „freiwilligen“ Uebertritt in den roten Heerban zu bewegen. Die Firma aber, resp. deren Betriebsleiter, hatte durchaus kein Wohlgefallen an dieser menschenfreundlichen Betätigung der Genossen und entließ eines schönen Tages kurzerhand die Haupttrabelführer. Diese klagten gegen die Firma auf Schadenersatz wegen Kündigungsloser Entlassung. Es fanden 3 Termine vor dem Gewerbegericht statt. Ueber diese Sitzungen berichtete auch die Düsseldorf-„Volkszeitung“, das Blatt mit der großen „Schulblase“ voller Christenberührungsmaterial. An jeden Bericht knüpfte das Genossenblatt das schöne Versprechen: „Wir kommen auf die Angelegenheit noch näher zurück.“ - Ueber heute noch, nach 4 Wochen warten die zukünftigen Zukunftsstaatsbürger noch immer auf die Erfüllung dieses Versprechens; sie hungern ordentlich nach dem neuen Material gegen die Christen - und die „Volkszeitung“ hat es wieder in der „Schulblase“ aufgeschichtet - oder sie hat es gar verlegt. Na, da kann vielleicht die omnijöse „Ruhfrau“ aushelfen!

Die gefagt, dem simplen Genossenpfeifer ist es unerklärtlich, warum die „Volkszeitung“ nun mit dem versprochenen Material hinter dem Berge hält. Verschiedene sollen darum sogar ihren Spiegel betragt haben. Wer Spiegel reben ja bekanntlich nur in Märdchen oder sie schwären Blech. Der eine will nun von seinem Spiegel etwas von einem gerhartigen Manuskript gehört haben, das nur wegen der Differenzen-epidemie, die augenblicklich in sozialdemokratischen Zeitungsdruckereien grassieren soll, das Licht der Öffentlichkeit nicht erblicken konnte. Ein anderer aber will gehört haben, daß die Schuld nur an dem neuen Pressebureau liege. Den Angefallten hätte man dort die Eingehung eines Arbeitsvertrages zugemutet, wonach sie nur die Hälfte und die Ehefrau die andere Hälfte des Gehaltes beanspruchen könnten. Die Leute dort sollen nun zwecks Befestigung dieser rigorosen Bestimmung in den Streik getreten sein, weil sie es mit ihren zukunftsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbaren könnten, - „preuzisch eingerichtet“ zu sein.
Ueber wie gefagt, heute schwächen die Spiegel, entgegen ihren Kollegen aus der Märchentwelt, Blech. Die „Volkszeitung“ wird wohl erst den Ausgang des nächsten Prozesses abwarten wollen und dann auf die Sache „zurückkommen“. Einer der Haupttrabelführer hat sich nämlich gegenüber dem Betriebsleiter und einem seiner Verbandskollegen zu allerhand Drohungen und „unbrüderlichen“ Beleidigungen hinreißen lassen - und dieserhalb ist von beiden Klage angestrengt worden. Deshalb sind wir in diesem Falle mal mit der „Volkszeitung“ einer Meinung und sagen auch unferreilich heute nur: „Wir kommen auf die Angelegenheit noch näher zurück.“

Mülhausen i. G. Zu einem Prachtexemplar zukunftsstaatlicher „Zivilisation“ scheint sich der hiesige Geschäftsführer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Herr Groß zu entwickeln. Dieser Mann benahm sich nämlich in einer am 9. Mai bei Mayer tagenden Betriebsversammlung der Arbeiter der Firma Schulz in einzig „groß“artiger Weise. Bekanntlich ist Herr Groß den Arbeitern der Firma Schulz, die zu über drei Fünftel im christlichen Metallarbeiterverband organisiert sind, bei der kürzlich stattgehabten Streikbewegung in der schändlichsten Weise in den Rücken gefallen. In der obengenannten Versammlung, in welcher Groß ebenfalls anwesend war, wies Kollege Wäcker diesen Arbeiterverrat an Hand von Tatsachenmaterial nach, desgleichen stellte er mehrere direkte Unwahrsheiten fest, die von Groß in die Öffentlichkeit gesetzt worden waren. Folgende Tatsachen seien hier besonders hervorgehoben.
1. 31 christlich organisierte Arbeiter fanden im Streik, 8 Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes hatten bereits vor dem Streik das Arbeitsverhältnis bei Schulz gelöst und 9 Arbeiter waren sozialdemokratisch organisiert. Dann fanden auch noch 8 unorganisierte Arbeiter im Betriebe, die ebenfalls sofort bei Ausbruch des Streiks den Betrieb verlassen hätten, falls die Genossen dasselbe getan. Groß schrie dagegen in der „Mülhäuser Volkszeitung“ am 29. April: „Die christlich organisierten Arbeiter sind gegenüber den unorganisierten und den im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Arbeitern in harter Minderheit.“ Am 4. Mai schrieb Groß in derselben Zeitung, nur 20 Arbeiter hätten mitgestreikt. Kollege Wäcker erklärte sich bereit, Groß die Liste der im Streik stehenden Arbeiter anzugeben, damit er sich von der Zahl der Streikenden überzeugen könnte und erbot sich, falls die Angaben nicht stimmten, 50 Mark zu zahlen. Groß wollte jedoch die Wahrheit nicht kennen und ließ aus;